

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementpreis 3 M pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 36, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Pfingstfest der Arbeit.

Die drei großen Feste des Jahres, denen wir zum Feiern neben dem Sonntag auch noch den Montag widmen, diese Feste stammen in ihrem letzten Ursprung aus einer Zeit, in der die Arbeit noch nicht diese soziale und kulturelle Bedeutung erlangt hat, wie heute. Die Natur bot noch in Fülle auch ohne Arbeit. Und Hunger und Not gab es noch nicht. Darum hatten diese Feste einst den Charakter von Naturfesten besessen, und wenn das Christentum diese Feste auch wandelte, so blieben sie doch Feste des Ueberirdischen, Kosmischen. Vom Dasein mit seiner Arbeit und seinen Aufgaben sagten sie nichts, so daß die Arbeiterbewegung bei ihrem Erstarken zugleich vor der Notwendigkeit stand, durch neue Feste, das Maiest der Arbeit, die Feier der republikanischen Verfassung, der Revolution, die Aufgabe und die Ziele zu feiern, die dem Geschlechte dieser Zeitenwende beschieden sind.

Damit lehnt die Arbeiterbewegung die übrigen Feste nicht ab. Feiertage sind kulturelle Notwendigkeiten. Wir müssen Höhepunkte im Leben haben, an denen wir den Weg betrachten, den wir gingen, und den Weg suchen, den wir neu zu beschreiten haben. Ohne Lage der Feier irren wir durch das Dickicht des Alltags, das uns erstickt. Auf den Höhen nur atmet der Mensch den Freiheitshauch, der neuen Geschlechtern einmal der Odem des ganzen Lebens werden soll.

Und mögen die Zeiten sich wandeln und die Weltanschauungen immer neu und anders sein: was bleibt, das ist diese Verbundenheit mit dem Natürlichen, Kosmischen, dieses Eingefühl mit dem großen Lebendigen und Göttlichen draußen, und auch schaffende Menschen dieser sozialen Gestaltungsepoche der Geschichte wollen dieses tiefe Verbundenheitsfühlen nicht lassen und sie fügen dieses tiefe Verbundenheitsfühlen nur als bewegende Seele in ihre historische Tagesaufgabe ein.

Der Mensch soll frei sein, daß er dieses umspannende Weltgefühl in seiner Größe erleben kann, und das Dasein soll so gestaltet werden, daß es diese universale Harmonie des Weiten, Unendlichen spiegelt. Darum soll es geordnet sein, nach Plan geleitet. Darum soll es voll Freude sein, da ja Freude nur alles umschlingt.

So ist uns das Pfingstfest in besonderem Maße das Fest der Feier dieses Natürlichen. Das Fest des Lebens und der Freude. Das Ahnen des Frühlings ward zur Gewißheit: die Erde lebt und wächst und blüht. Ein Jubilieren ist's draußen. Das Leben ist sieghaft und nichts Stärkeres gibt es als Lebenskraft und Lebenswillen und Lebensrecht.

Was am Maifeiertage der Arbeit die Faust ballen ließ, das durchzittert jetzt jubilierend unsere Seele. Maitag und Pfingsten gehören zusammen. Am Feiertage der Arbeit dröhnte die Straße vom Massenschritt. Pfingsten kauft Mutter Natur ihren Kindern. Erde und Freiheit. Wirklichkeit und Freude. Erdhaftigkeit und umspannendes Fühlen. Kampf und Liebe. Du und ich. Harmonie aller Gegensätze. Bindung von Kosmos und Erde in neuem Schaffen — durch uns.

Pfingsten allein ohne den Gedanken des Mai ist Schwärmen, so wie die neue Arbeitswelt nie Großes bedeuten könnte ohne den menschenbefreienden und alles umspannenden Sinn.

Wir wollen beides: Gestaltung und Würde. Und wenn wir den Seng erleben am Pfingstfesttage in der Natur, dann fühlen wir in uns das eine, einendes, ungeschriebene Gesetz des Werdens, das da lautet: Zur Freude, ja, zur Freude sind Menschen bestimmt.

Kampf um die Arbeitslosenunterstützung

Die Brüning-Regierung beabsichtigt einen starken Ausbau der Arbeitslosenunterstützung und möglichst schnell. Eine neue „Reform“ der Arbeitslosenversicherung soll die Belastung der Reichsfinanzen durch die katastrophale Arbeitslosigkeit möglichst senken. Die Krise des Arbeitsmarktes hat sich in den letzten Monaten weiter verstärkt. Anfang Mai waren noch 1.760.000 Unterstüßte in der Arbeitslosenversicherung und weitere 320.000 in der Krisenunterstützung. Hinzu kommen etwa 350.000, die als Ausgesteuerte seitens der Gemeinden unterstützt werden müssen. Trotz des Frühjahrs sind zusammen mit den Nichtunterstützten noch mindestens drei Millionen Arbeiter ohne Arbeit. Diese Entwicklung läßt erkennen, daß der Voranschlag der Reichsanstalt, der für 1930 mit einem Jahresdurchschnitt von 1,2 Millionen zu unterstützender Arbeitslosen rechnete, nicht haltbar ist. Die Zahl dürfte vermutlich um etwa 300.000 höher liegen. Die bereits für den aufgestellten Etat hart umstrittene Kostendeckung, die bei 3 1/2 % Beitrag einen Zuschuß von 250 Millionen Reichsmark aus öffentlichen Mitteln nötig macht, wird damit noch schwieriger. Würde wirklich der Rechnung statt der Durchschnittszahl von 1,2 tatsächlich 1,5 Millionen zu unterstützender zugrunde gelegt werden müssen, so erhöht sich das Defizit der Reichsanstalt im Haushalt 1930 um weitere 300 Millionen Reichsmark. Die Reichsregierung ist um so mehr in großer Bedrängnis, als ihre Liebesgabenpolitik an die Landwirtschaft, die Hilfe unter anderem, die Bereitstellung unvorhergesehener großer Mittel fordert. Um so entschiedener betreibt sie aber den Raub an den Arbeitslosen.

Für diese Aktion sucht die Reichsregierung nach einem „Gutachten“, das die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung in der Öffentlichkeit rechtfertigen soll. Geschieht auf das Gesetz vom 14. April 1930, das den Vorstand der Reichsanstalt verpflichtet, der Regierung Vorschläge zur „Reform des Gesetzes“ zu unterbreiten, „um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt zu erleichtern“, hat sie daher vom Vorstand der Reichsanstalt ein „Gutachten“ angefordert. Die freien Gewerkschaften haben stets dem Vorstand der Reichsanstalt solche Aufgabe bestritten. Als Selbstverwaltungskörperschaft hat er seine Verwaltungsaufgaben innerhalb des vom Gesetz gezogenen Rahmens bestmöglich und sparsamst durchzuführen. Jeder Versuch, von sich aus die Grundlagen des Gesetzes zu beeinflussen, insbesondere den Versichertenkreis und Höhe, Dauer und Durchführung der Leistungen zu bestimmen, führt ihn zwangsläufig in die Politik und in den Interessentenkampf. Die Arbeitgeber sind zwar anderer Meinung. Sie möchten den Streit um das Ausmaß der Versicherungsleistung „entpolitizieren“, das heißt ihn der Entscheidung des Parlaments entziehen und in den der politischen Verantwortung entrückten Vorstand verlegen, weil hier ihr Einfluß infolge der Drittelung in der Ver-

treterung (je ein Drittel Vertreter der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und öffentlichen Körperschaften) kompakter und ungleich größer ist als im Parlament. Aber auch ein bloßes Entschließen des Vorstandes muß notwendigerweise zur politischen Aktion werden, wenn es über eigentliche Verwaltungsmaßnahmen hinaus „gutachtend“ den Umfang und die Höhe der Leistungen bestimmen soll. Dieses Maß entscheidet nicht ein aus der Vorstandstätigkeit entspringender besonderer Sachverstand, sondern es handelt sich um einen nur mit politischen Mitteln zu entscheidenden sozialpolitischen Kampf, eben um den Streit, inwieweit von Arbeitslosen die Not abgewehrt werden soll und kann.

Eine Entscheidung im Vorstand der Reichsanstalt wird auch zur politischen Aktion mit ungleich verteilten Kräften, weil die fünf Arbeitervertreter unter 16 Vorstandsmitgliedern aufgespalten sind unter die freien, christlichen und kirchlich-Dunkerschen Gewerkschaften, so daß die freien Gewerkschaften als Sachverwalter von mehr als 5 Millionen organisierten Arbeitnehmern nur drei Stimmen haben.

Der Vorstand hat in den letzten Tagen trotzdem die Beratungen durchgeführt. Wenn sich die Vertreter der freien Gewerkschaften trotz ihrer grundsätzlichen Ablehnung an den Beratungen beteiligten, so nur, weil sie jede Gelegenheit benutzen mußten, den Unterstützungsabbau zu bekämpfen und um konkretere Vorschläge zu machen, wie bei Aufrechterhaltung der Leistungen die Kostendeckung auch in der Zeit einer abnormen Arbeitslosigkeit ohne ernste Gefährdung der Reichsfinanzen durchgeführt werden kann. Ihre Vorschläge enthielten im wesentlichen folgendes:

Kein Abbau der Leistungen. — Erhöhung des Beitrages auf 4 %. Grundsätzliche Beteiligung des Reiches an der Kostendeckung entweder durch Drittelung des Beitrages dergestalt, daß das Reich laufend 1 1/2 % des Lohnes der zu Versichernden leistet, oder aber die laufende Zahlung eines bestimmten Pauschbetrages für jeden einzelnen Unterstüßtenfall. — Einhebung eines allgemeinen Notopfers als Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer für alle „Höherverdienenden“. Letzteres soll die für 1930 zu erwartenden Zuschüsse des Reiches decken. — Aufhebung der Ausnahmebehandlung der Landwirtschaft durch Verzicht auf die Versicherungsfreiheit für landwirtschaftliche Arbeitnehmer. — Die finanzielle Auswirkung dieser Beschlüsse würde die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung auch dann sichern, wenn wirklich durchschnittlich 1,5 Millionen Versicherte unterstüßt werden müssen, ohne daß ein Abbau der Leistungen notwendig wäre. Weiter wurde vorgeschlagen: Endliche Einführung der Meldepflicht für offene Stellen, um die Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter auszubauen. — Verbesserung des neuen § 89a, der eine unerträgliche Ausschaltung von Arbeitslosen darstellt. — Abänderung des neuen § 197c dahin-

gehend, daß die sogenannten „Pendelarbeiter“ nicht unter die einschränkende Bestimmung fallen. — Verbesserung, betreffend das Arbeitsverhältnis der Hoffstandsarbeiter. — Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle, insbesondere auch auf die hausgewerblichen Berufe, wobei die Bezugsdauer der Krisenunterstützung auf die Dauer der Arbeitslosigkeit erstreckt werden soll.

Diesen Anträgen der freien Gewerkschaften standen von vornherein die auf den Leistungsabbau gerichteten Vorschläge des Präsidenten der Reichsanstalt, der Arbeitgeber und einiger Ländervertreter gegenüber. Sparen um jeden Preis, mag auch höchstes soziales Unrecht geschehen! Es ist bezeichnend, daß unter diesen Sachverständigen nicht die die Verantwortlichkeit alarmierenden Klagen über Mißbrauch laut wurden, weil man weiß, daß genügend weitgehende Verwaltungsmaßnahmen einem „Mißbrauch“ begegnen können. Dafür bemühte man sich, nachzuweisen, daß die Versicherung überspannt sei, daß Leistung und Beitrag nicht im Einklang zueinander stehen. Alle Hinweise, daß nicht die Versicherung als solche falsch fundiert, sondern daß die Ursache der großen Belastung einzig in der katastrophalen Lage des Arbeitsmarktes zu suchen ist, verschlugen insbesondere bei den Arbeitgeberern nichts. Im Vordergrund der Debatte stand daher der aus den Verhandlungen des früheren Sachverständigenausschusses bekannte, von den damaligen Zentrumsvertretern aufgestellte Grundsatz (der bezeichnenderweise auch heute noch den Namen „Leusch-Riesener“ führt), wonach die volle Unterstützung nur solche Arbeitslosen erhalten sollen, die mindestens eine durch Unterstützungsbezug nicht unterbrochene Anwartschaft von 52 Arbeitswochen haben, während eine kürzere Anwartschaft nur zu einer Teilunterstützung berechtigen soll. Daneben lagen Anträge vor, die das Versagen der Unterstützung an Jugendliche und über Fünfundsechzigjährige, Venerdung beziehlich der Anwartschaften, grundsätzlichen Unterstützungs-ausschluß bei freiwilliger Arbeitsaufnahme und andere Verschlechterungen forderten.

Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig und drohen mehr als einmal zu scheitern. Das Gesamtergebnis ist, wie bei der Zusammenkunft des Vorstandes voranzusehen war, für die Versicherten unerträglich, denn es bringt einen Leistungsabbau, der die große Masse der Arbeitslosen erfassen wird.

Im Vordergrund stand der Kampf um die Teilunterstützung der Arbeitslosen mit kürzerer als 52wöchiger Anwartschaft und die Beitragsfrage. Der Präsident hatte den Vorschlag gemacht: zur Zeit den Beitrag auf 4 % zu erhöhen, zugleich aber während der Zeit eines vierprozentigen Beitrages allen Versicherten ohne 52wöchige Anwartschaft die Unterstützung auf die Krisenfälle zu beschränken. Die Arbeitgeber stimmten diesem zu, wollten aber darüber hinaus noch für die Saisonarbeiter eine wesentlich verlängerte Wartezeit. Der Vertreter des Preussischen Wohlfahrtsministeriums wollte eine dau-

ernde Senkung auf die Krisenfälle. Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften lehnte zunächst die Beschränkung in der Unterstufungshöhe ab und wollte dafür eine gestaffelte Verminderung der Unterstufungsdauer. Damit sollte zugleich die besondere Regelung der Saisonarbeiterunterstützung verschwinden. — Die Beitragsregelung lehnten sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer ab. Die freien Gewerkschaften waren wohl bereit, für 4 % zu stimmen, jedoch nur, wenn die Unterstufungen keinerlei Abstriche erführen. Die Folge war zunächst eine Ablehnung aller diesbezüglichen Anträge. Nach einem langwierigen Schachern zwischen Arbeitgeber, Vertretern der christlichen und der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften und den Vertretern der öffentlichen Körperschaften kam folgendes Kompromiß zustande, das vom Vertreter des Preussischen Wohlfahrtsministeriums eingebracht wurde: Für alle Versicherten mit geringer als 52wöchiger Anwartschaft sollen die Krisenfälle gezahlt werden (diese Regelung ist als dauernd gedacht, nicht, wie im Vorschlag des Präsidenten zum Ausdruck kam, nur für die Zeit eines vierprozentigen Beitrages). Die Familienzuschläge sollen nach der eigentlichen Lohnklasse berechnet werden. Die Sonderregelung für Saisonarbeiter fällt fort, und es wird ein vierprozentiger Beitrag erhoben. Dieser Vorschlag wurde nun mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen. Obwohl er auch die Beitragserhöhung vorsah, stimmten drei der Arbeitgeber für ihn, ebenso vier Vertreter der öffentlichen Körperschaften, die Vertreter der christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften und der Präsident.

Um die Ungeuerlichkeit dieses Beschlusses voll zu erfassen, muß man sich vergegenwärtigen, daß ein außerordentlich großer Teil der deutschen Arbeiter überhaupt nicht mehr in Dauerstellungen kommt. Immer mehr wird das einzelne Arbeitsverhältnis ein kurzfristiges. Selbst in der Landwirtschaft zeigen sich immer mehr Arbeitsunterbrechungen. Die Folge wird also sein, daß alle diese Verhältnisse, die nicht des Glück haben, eine längerdauernde Beschäftigung zu finden, künftig unter die einschränkenden Bestimmungen fallen, und das wird mit der größten Teil der deutschen Arbeiter sein. Vergeblich war jedes Bemühen, nachzuweisen, daß diese Verschlechterung in höchstem Grade unsozial ist, weil sie gerade denjenigen Arbeitslosen, der durch die Ungunst des Arbeitsmarktes nur kurzfristig beschäftigt wird, der immer wieder Perioden der Arbeitslosigkeit durchmachen muß, also den Unglücklichsten trifft. Den Einwand, daß man denjenigen, der mehr Beiträge leistet, der weniger oft Unterstützung in Anspruch nimmt, bevorzugen müsse, haben wir stets mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Die christlichen Gewerkschaften haben sich leider unter dem Vorwand, daß man die Grundlagen einer „Versicherung“ beachten müsse, schon bei den früheren Verhandlungen zu diesen unsozialen Grundfäden bekannt. So auch jetzt. Sie wollen insbesondere damit erreichen, daß eine Sonderregelung für Saisonarbeiter überflüssig gemacht wird. Da ja gerade der Saisonarbeiter keine 52 hintereinander liegende Beschäftigungswochen aufweisen kann, fällt er naturgemäß fast immer unter diese einschränkende Bestimmung. Den Massen wird aber nicht gesagt, daß diese besondere Saisonarbeiterunterstützung sich bisher nur auf einen Teil des Jahres, nämlich auf drei bis vier Monate erstreckt, und daß auch die Saisonarbeiter in den übrigen Monaten des Jahres Anspruch auf die volle Unterstützung haben. Für sie wird hier der Keufel durch Bezahlungsaußersetzungen. Sie werden jetzt während des ganzen Jahres nur die Krisenfälle beziehen können, und um eine „Gerechtigkeit“ herzustellen, erstreckt man diese Regelung auch auf alle anderen Arbeiter. Es ist also nichts wie Schamzüchtung, wenn die christlichen Gewerkschaften behaupten, diese Regelung löse das Saisonarbeiterproblem und stelle eine höhere Gerechtigkeit dar. In Wirklichkeit ist sie viel unsozialer als die bisherige Saisonarbeiterregelung.

Mit acht zu acht Stimmen wurde beschlossen, daß Arbeitslose bis zum 17. Lebensjahr nur dann Unterstützung beziehen sollen, wenn sie keinen familienrechtlichen Unter-

haltsanspruch haben. Die Arbeitgeber hatten als Grenze das 20. Lebensjahr gefordert. Daß auch diese Bestimmung im höchsten Grade unsozial ist, brauchen wir an dieser Stelle nicht zu beweisen. Man braucht nur erinnern, daß der Verdienst des Jugendlichen unter 17 Jahren vielfach für die Familie eine glatte Notwendigkeit ist, daß sie gerade auf diesen Verdienst sich weitgehend aufbaut. Man braucht dabei nicht einmal besonders schwierige Sonderverhältnisse im Auge haben. Obendrein würde rein finanziell eine solche Regelung in den nächsten Jahren kaum ins Gewicht fallen, weil der Zufluß an Jugendlichen erheblich nachläßt. Es ist eine Ausnahme, die als höchst ungerecht nur maßlose Erbitterung erzeugen muß.

Gleichfalls mit acht zu acht Stimmen wurde beschlossen, daß für Arbeitslose, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, der Unterhaltungsanspruch erlischt. Sie sollen den Arbeitnehmerbeitrag, der seit der letzten Unterstützung geleistet wurde, zurückzahlen können, jedoch nicht mehr als höchstens 100 M. Wer bedenkt, in welcher starken Maße auch heute noch über Fünfundsechzigjährige dank der geringen Altersversorgung im Arbeitsprozeß stehen müssen, wird diesen Beschluß als unsozial und ungerecht mit aller Entschiedenheit ablehnen müssen. Von ihm würden Hunderttausende älterer Arbeitnehmer schwer betroffen.

Wenn zwei Ehegatten zugleich Unterstützung beziehen, so soll die eine dieser Unterstützungen um die Hälfte gekürzt werden, und zwar die niedrigste. Dieses soll nicht gelten, wenn die Ehegatten Kinder unter 14 Jahren oder arbeitslose Kinder unter 17 Jahren zu versorgen haben. Dieser Antrag wurde unter Mitwirkung der Vertreter der christlichen und Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften mit 12 gegen vier Stimmen angenommen. Auch hier ist die innere Berechtigung einer solchen Maßnahme nicht anzuerkennen. Es braucht nur verwiesen werden auf die zahlreichen Fälle, wo der niedrige Lohn (Lehrhilfsindustrie, Laborgewerbe usw.) Mann und Frau verpflichtet, gemeinsam tätig zu sein.

Beschlossen wurde eine Verschlechterung in der bisherigen Anwartschaftsberechnung zwischen Krisen- und ordentlichen Unterstufungen.

„Eringfügige Beschäftigungen“ (das sind nach dem Gesetz solche, die weniger als 24 Stunden in der Woche dauern, oder für die nicht mehr als 8 M wöchentliches Verdienst erzielt wird) sollen künftig grundsätzlich versicherungsfrei sein, während sie bisher nur dann versicherungsfrei waren, wenn der betreffende Arbeiter nicht „berufsmäßig überwiegend“ Arbeitnehmer war. Das würde bedeuten, daß künftig zahlreiche Arbeitnehmer (Heimarbeiterinnen, Wartefrauen, Zeitungsträgerinnen usw.), die vom Ertrag ihrer Arbeit leben müssen, von der Versicherung ausgeschlossen und im Falle der Arbeitslosigkeit an die Wohlfahrtspflege verwiesen würden.

Mit acht gegen sieben Stimmen wurde beschlossen, daß den Verwaltungsausschüssen das Recht zustehen soll, Richtlinien zu dem § 89a zu erlassen. Der Antrag der freien Gewerkschaften, dem § 89a eine bestimmtere Formulierung zu geben, wonach nur solche Arbeitslose von der Unterstützung ausgeschlossen werden, die wirklich während der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit erwerben, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag, den § 89a ganz zu streichen.

Soweit die wesentlichen auf Verschlechterung gerichteten Beschlüsse. Eine Reihe noch weitergehender Vorschläge der Arbeitgeber konnte abgewehrt werden.

Beschlossen ist weiter, vorzuschlagen, daß künftig auch ländliches Gesinde versicherungspflichtig sein soll, soweit es nicht einen Arbeitsvertrag von mindestens einem Jahr oder mit 20wöchiger Kündigung hat.

Gegen die Stimmen der Arbeitgeber wurde beschlossen, daß § 107c sich künftig nur auf die eigentlichen „Wanderarbeiter“ erstrecken soll und daß die sogenannten „Pendelarbeiter“ nicht unter die einschränkenden Bestimmungen fallen.

Mit acht gegen sieben Stimmen wurde auf Antrag der freien Gewerkschaften beschlossen, daß die Krisenunterstützung sich auf alle, insbesondere auch auf die baugewerblichen Berufe erstrecken und daß die Bezugsdauer

der Krisenunterstützung die Dauer der Arbeitslosigkeit umfassen müsse.

Des ferneren wird vorgeschlagen, das bisherige Gemeindefinanzier der Krisenfürsorge auch durch das Reich tragen zu lassen.

Die Anträge der Gewerkschaften, endlich die Meldepflicht der offenen Stellen einzuführen, wie überhaupt den Arbeitgeber stärker an die öffentliche Arbeitsvermittlung zu binden, wurden, wie vorausgesehen war, abgelehnt.

Bezüglich der Deckung der gerade infolge der sich verschärfenden Arbeitslosigkeit besonders bösen Finanzlage, die das Reich zu erheblichen Zuschüssen oder Darlehen zwingt, hatten die freien Gewerkschaften beantragt, dem Reich die Erhebung eines allgemeinen Notopfers, das alle Einkommen der Höherverdienenden erfassen sollte, vorzuschlagen. Gegen eine Beschlußfassung wehrten sich fast alle übrigen Mitglieder, weil es angeblich nicht zur Kompetenz des Vorstandes gehöre, dem Reich Deckungsvorschläge zu machen. Niemand verkennt die angesichts der deutschen Finanzlage schwierigen Situation. Aber wir haben Wege gemessen, wie die Situation zu überwinden ist, ohne daß gerade dem schwächsten Teil der deutschen Bevölkerung, nämlich ihren Arbeitslosen, ihre ohnehin harten Bezüge gekürzt werden.

Die Arbeiterchaft im Lande draußen muß nun über die Pläne der Gegner der Arbeitslosenversicherung aufgeklärt werden, auch die christlichen Arbeiter werden jetzt über ihre Stellung in diesem Kampfe klare Stellung zu nehmen haben. Bis zu den entscheidenden Verhandlungen im Reichstage steht nur noch eine kurze Zeit zur Verfügung, die ausgenutzt werden muß, um die gesamte Arbeiterchaft ohne Unterschied der Richtung ihrer gewerkschaftlichen Organisation gegen die Anschläge auf die Arbeitslosenversicherung ins Treffen zu führen.

Von unserer Verbandsjugendarbeit 1929.

Wie für die Jahre 1927 und 1928 hat der Verbandsvorstand auch für 1929 eine Erhebung über die Verbandsjugendarbeit durchgeführt. Es ist das notwendig, um einen Ueberblick zu gewinnen, was in den Filialen in bezug auf die Erfassung, vor allem aber Durch- und Ausbildung unseres Nachwuchses geschieht. Dabei sind wir uns allerdings bewußt, daß das Bild, das uns die Erhebung gewährt, nicht lückenlos ist, einmal, weil nicht alle Filialen sich daran beteiligen, dann aber auch, weil auf Grund der vielen Zustellen, die zu manchen Filialen gehören, von der Filialverwaltung über die tatsächlich geleistete Jugendarbeit nur sehr unvollkommen berichtet werden kann. Mit dieser Einschränkung erhalten wir aber doch durch die Erhebung einen näheren Einblick über den Umfang der von unserm Verbands geleisteten Jugendarbeit. So haben wir auch diesmal aus 106 Filialen einen ausgefüllten Fragebogen zurückbekommen. In diesen Filialen wurden zusammen 30 816 Lehrlinge festgestellt gegenüber 27 495 1928, also mehr 3321 = 10,7 %. Die Zahl deckt sich mit der bei der allgemeinen Erhebung im September 1929 festgestellten, denn damals wurden 175 Filialen 38 154 Lehrlinge in Malereibetrieben erfasst. Jede Erhebung unseres Verbandes zeigt erneut, daß die Lehrlingszahl in unserm Gewerbe bisher immer noch im Steigen begriffen war. Erst jetzt, nachdem auch die Arbeitgeber mehr und mehr die große Gefahr der Lehrlingszüchterei erkennen, ist wohl mit einem langsamen Zurückgehen der jährlich eingestellten Lehrlinge zu rechnen. Von den insgesamt 30 816 erfassten Lehrlingen waren nach den Angaben der Filialen 9003 in unsern Jugendabteilungen organisiert. Diese Zahl wird den Tatsachen entsprechen, denn durch die Abrechnungen wurden für den Schluß des Jahres 1929 9086 organisierte Lehrlinge ausgewiesen. Auch in dieser Zahl kommt die günstige Entwicklung der Jugendabteilung zum Ausdruck. Sie ist mit zurückzuführen auf die größere Anzahl von Helfern, die für die Durchführung der Jugendarbeit zur Verfügung stehen. So sind es nach unserer letzten Erhebung in 104 Filialen 378 Kollegen, dar-

Palermo.

Ein Malerstück.

New York Harbour. Auf der Reede von New York. Die weiße Lufschiff „Stamy“. Anchor up! Hiev den Anker! Engine ahead! Langsam voraus! Und wir fahren — die 3000-Tonnen-Jacht „Stamy“ auf Trip nach Mittelmeer: Ziel Palermo! Ohne Passagiere fahren wir — unsern Voh: Finanzkönig von Wallstreet: den sollen wir in Palermo abholen. Auf See. Alles gut. Nahe Reise. Das Deck wird überhaupt nicht trocken — immer wäscht die See drüber weg. Azoren. Gibraltar. Jetzt wird der Himmel blau — und die See wird sanft: wie ein weißes Feld blauer Irisblüten. Im Ruderhaus gucken wir auf die Karte — da liegt Sizilien: ein unregelmäßiges Dreieck, mit der einen Spitze berührt es Europa, mit der andern Spitze stößt es gegen Afrika vor — Sizilien: die Brücke zwischen zwei Kontinenten!

Sizilien: etwa so groß wie die Rheinprovinz. 25 000 Quadratkilometer. Siziliens Hauptstadt: Palermo, die Düsseldorf: 400 000 Einwohner. Rheinland hat 8 Millionen Menschen. Sizilien nur 4 Millionen. Rheinland lebt von Industrie. Sizilien lebt von der Frucht seiner Gärten. Einmal Vergano, in der Vulkanegend, Schwefelgruben. Und Schwefelbäder: kochende Heißbäder. So ist das Land Sizilien die Brücke zwischen Europa und Afrika.

Am Bord der Yachteejacht „Stamy“, 33 September — früh morgens — wie ein roter Schwanz schwebt die Sonne über dem flieherfarbenen Meer — über die spanischen Inseln hinweg: Gran-Canari, die Verbanntensinsel, wir hören die Gesang unserer sozialistischen Genossen: die Opfer des Tyrannen Masolungo, Cipakti: die Gefangenen, die geistig zu kämpfen. Brüder, wir grüßen euch!

Siziliens Küste lacht auf: erst nur wie ein grauer Rauch zu sehen, das Grau wird dunkler, wird blau und wird violett. Siziliens Berge stehen schwarz in der See. Ein heller Punkt an der Küstenlinie — schnell wäscht der

Punkt, wird weiß und rotig — dann grellbunt: Stadt Palermo: unser Ziel! Der Landwind jagt Tartanendooft an uns vorbei — offene Fischerboote, mit den alten lateinischen Dreiecksegeln: Thunfischfang und Sardinenjagd: wir grüßen mit den Mägen zu Palermos Fischern hinüber — die beantworten den Gruß mit dem Schwenken roter Tischtücher — wir verstehen! Freiheit über der See.

Zwei Molen stoßen gegeneinander: Molen mit niedrigen weißen Leuchttürmen drauf — die Molen sind wir Arme — sie umfassen das Hafenbecken. Anchor down! Schmeiß Anker! Palermo.

Nach 'ner Stunde. Die Maler sind da, von der Shipping-Office längst vorher bestellt, die Schiffsmaler: sie hängen an Schwebegerüsten bordwärts, mit weißer Lackfarbe geben sie unserer schmützig gewordenen Jacht wieder das Aussehen eines Schwanes, der zweifache Anker des Außenbords kostet 1000 Pfund Sterling, in Gold: 20 000 Mark. Wallstreet bezahlt!

Mittags machen wir Freundschaft mit den Schiffsmalern, sie kommen zu uns ins Mannschaftslogis — wir rauchen zusammen, wir schwächen zusammen — und gerne nehmen wir die Freundschaft an: die Maler wollen uns heute abend Palermo zeigen: all right, six o'clock on shore. Um sechs alles an Land.

Ja — es ist es sieben Uhr. Und mit unseren freundlichen Malern schlendern wir über die Hauptstraße Palermos. Die Via Vittorio Emanuele. Es ist kurzweilig. Viele Equipagen. Wenige Autos. Reiche Damen zeigen ihre fetten Schönheit. In den Cafés zwischern die Geigen. Und ein Kriegshörpöckel dreht am Domplatz die Handtögel. Der Dom. Hinein: laden unsere Freunde, die Maler. Dästerer Hallenraum: die Gräber der schwabischen Fürsten: der Höhenstufen: Heinrich VI. und Friedrich II. Und dort, schaut: der überne Sarg der heiligen Rosalia, der Rosenkönigin vom Pilgerberg, dem Monte Pellegrino. Die heilige Rosalia hebt leise ihren silbernen Sargdeckel — und mit weißer Knöchelhaut winkt sie aus einem schneuen Orf zu: auch ich war jung

und schön! Rosalia: Die Königin der Rosen. Alles erlebt und gesehen im Dom von Palermo: Assunta heißt er, gebaut um das Jahr 1175. Lang, lang ist's her!

Unsere lieben Maler führen uns weiter: zu einer andern Kirche sind fünf roten Kuppeln: arabisch-normannischer Baustil, erbaut um 1182 bis 1150. Und das da: das ist der Palazzo Reale, der Königspalast — in dem der König nie wohnt: denn er mag Palermo nicht, Palermos Volk ist ihm zu revolutionär. Wir Palermoer sind Republikaner! Allem Faschismus zum Trost. Palazzo Reale mit dem alten Normannenturm: der Torre Pisana, obendrauf weht das Sturmbanner der „Sizilianischen Vesper“, der Revolte gegen Tyrannie und Willkür. Anno 1282.

Stoi, vegna cho: carozzella! Hä, Droschke hierher! Wir steigen ein: Maler und Makrosen fahren bergauf — hinauf auf den Monte Pellegrino. Wir sind schon droben — am Rosenberg. Dort die Großen der Santa Rosalia, dort hat sie als Einödlerin gelebt, jetzt liegt sie im Silberfarg des Domes.

Monte Pellegrino, der Pilgerberg über Palermo, 600 Meter hoch. — Schlanke Dattelpalmen tanzen mit schwarzlockigen Dinten — im frischen Abendwind. Der Park, die Gärten — die Rosen. Und der blühende Oleander: welch ein Duft, welch ein Duft!

Bunte Menschen promenieren am Monte, raufschende Konzertellen, die Stadtkapelle spielt Mascagnis Cavalleria rusticana! Die Volksoper Siziliens.

Schöne Frauen, noch schönere Mädchen — zappelnde Kinder, mohrenköpfige Männer: Garajentopp. Und der Westhimmel orangefarben, eben ging die Sonne unter. Die See wird goldwässrig — silbern durchwoigt. Die Stadt unten lärm und lärm. Weiß und rot und gelb ist sie: die Stadt — vom Abendschatten leicht mit bronzenen Partina überhaucht. Wir sehen uns: Maler und Makrosen — wir sitzen mitten zwischen Rosen — unsere Freunde erzählen uns von Palermo. Seine Industrie, vor allem: Fremdenverkehr! Dann Maschinenbau, Glas, Mäckeroni, chemische Fabriken, Konfitüren, Parfüm,

unter allerdings wohl auch ein Teil Jungkollegen, die zusammen mit der Filialverwaltung alles tun, um die Jugendabteilung weiter auszubauen und die Arbeit darin zu vertiefen. Trotzdem ist in dieser Hinsicht noch manches verbesserungsbedürftig. Nicht nur in 104 Filialen dürften Jugendfunktionäre vorhanden sein, sondern es sollte heute keine Filiale mehr existieren, in der nicht mindestens ein Kollege bestimmt, beziehungsweise gewählt ist, der sich um die Jugendfragen zu kümmern hat. Es soll aber nicht verkannt werden, daß eine Besserung auch in dieser Beziehung in den letzten Jahren eingetreten ist und sich ein immer größerer Teil von Kollegen bereitfindet, sich der allerdings nicht immer dankbaren Arbeit für die Jungkollegen zu widmen. Wenn wir zurückblicken auf die Anfangsjahre der Jugendabteilung, ist eine Besserung auch nach dieser Richtung hin ganz unüberkennbar.

Da uns nicht nur an der organisatorischen Erfassung der Lehrlinge gelegen ist, sondern noch mehr an ihre fachlichen und gewerkschaftlichen Durchbildung, ist besonders erfreulich, daß die Zahl der verschiedenartigsten Veranstaltungen für die Mitglieder der Jugendabteilung in den Filialen dauernd wächst. So können wir auch diesmal wieder davon berichten, daß eine Zunahme an Versammlungen, Kursen usw. gegenüber 1928 eingetreten ist. Woran es bei unserer Jugendarbeit wohl noch recht oft fehlt, ist die Systematik. Man beschränkt sich in vielen Filialen noch darauf, gelegentlich einen Vortrag mit fachlichem, beruflichem oder gewerkschaftlichem Inhalt halten zu lassen, ohne daß diese Vorträge, die zeitlich oft sehr weit auseinanderliegen, einen logischen Zusammenhang miteinander haben. Dies sollte mindestens in all den Filialen, in denen eine größere Anzahl von Lehrlingen unserer Jugendabteilung angehört, anders werden, indem, wie es erfreulicherweise in einigen Filialen schon geschieht, ein Programm für die Arbeit in der Jugendabteilung auf längere Sicht aufgestellt wird. Wir haben zwei solcher Programme in unserer Vorbildumschule „Zehn Jahre Malerjugend“ und manche auch schon in Jugendorganen veröffentlicht. Die Filialen können sich diese zum Beispiel nehmen. Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, daß einige große Filialen in den letzten Jahren dazu übergegangen sind, Kurse für die Jungkollegen einzurichten, die vor der Gehilfenprüfung standen. Damit sind besonders gute Erfahrungen gemacht worden, so daß auch andere Filialen dazu übergehen sollten.

Nach den Mitteilungen auf den Fragebogen wurden insgesamt in 79 (1928 65) Filialen 492 (1928 330) Einzelvorträge abgehalten, zu denen sich 5807 Besucher eingestellt hatten. Die behandelten Themen sind außerordentlich vielseitig und berühren alle Gebiete, die für die Jugendarbeit in Betracht kommen, vor allen Dingen solche aus dem Verbandsleben, der Arbeiterbewegung, aus Wirtschaft und Sozialpolitik, Gesundheitswesen, Unfallschutz, über Rechtsfragen, noch mehr aber über fachliche Angelegenheiten. Teilweise wurden auch Lichtbildvorträge eingestreut, die größtenteils allgemein belehrender Art waren. In dieser Hinsicht wird in Zukunft noch mehr geschehen, nachdem unsere Bezirksleiter, wenigstens teilweise, mit Lichtbildapparaten ausgestattet sind. Von einigen Filialen wird auch darauf hingewiesen, daß es sehr schwer ist, die Jungkollegen abends zu Veranstaltungen zusammenzubekommen, weil sie nicht im Filialort selbst wohnen, sondern in den verschiedenen zur Filiale gehörenden Orten. Diese haben dann überhaupt keine Möglichkeit, an Abendveranstaltungen im Filialort teilzunehmen; für sie müssen besondere Veranstaltungen getroffen werden.

Das Bekanntmachen der Jugend mit den Unfallgefahren und Berufskrankheiten im Maler- und Lackierergewerbe erfolgte auch an den Vortragsabenden. — In fachlichen Vorträgen wurde alles berührt, was überhaupt für die Maler irgendwelches Interesse bietet. Eine Aufzählung der behandelten Themen würde sich decken mit den im Vorjahr schon veröffentlichten.

Daneben wurden noch von 40 Filialen 215 Lese- und Diskussionsabende veranstaltet, zu denen sich 1323 Jungkollegen einfanden. Auch hier waren die behandelten Fragen außerordentlich vielseitig und sicher für die Jung-

PFINGSTEN

Ewig waltet ein Geist, der alles verändert, alles erneuert und schaffend kreist im Kleinsten, im Größten. In stetigem Wechsel läßt er vergehen und auferstehen Dinge und Arten, die aus dem Alten sich neu gestalten zu Linie und Farbe, daraus die Schönheit besteht. Ein Wundergarten liegt ausgebreitet, aus Märcen bereitet, mit bunten Perlen besät. Vollkommen, vollendet, aus Kleinem verschwendet, aus Größtem genommen ist alles — ist alles was jedes Auge nun schaut. Sang und Klang wonnetraut, Reusch und Duft, fächelnde Luft, Licht und Glanz, Blumen im Kranz, Freude im Blick: das ist das pfingstliche Glück!

Ewig waltet ein Geist in der Geschichte des Menschens. Freiheit verheißt den Unterdrückten, [geschlechts, Immer und immer schürt er in Stirnen den rächenden Funken der Rebellion gegen das Unrecht, gegen Bedrückung, Gewalt und Hohn, womit der Starke Doch traumversunken wandeln noch viele, [regiert. irrend in Ziele, draus sich der Kleinmut gebiert. Gemeinschaft wider die Reichen, Anschlag an seinespredigt mit Feuerzungen der alte, der neue Geist. [gleichen Was die Alten umgestalten, verwenden, vollenden die Jungen im Weltstaat des Menschengeschlechts. So gehet hin und lehrt diesen Sinn in Werkstatt und Fabrik, dann pfingstet auch euch das Glück! Victor Kallnowski.

kollegen in den meisten Fällen auch sehr lehrreich. So unterhielt man sich über neuzeitliche Literatur, Berufsschulfragen, Expressionismus, Jugendschutz, Jugend und Alkohol, Wanderausfahrten und ihre Vorbereitung und die Gewerkschaften vor und nach dem Kriege, um nur einiges zu nennen. Ob sich aber Themen, wie zum Beispiel „Sowjetrußland und Deutschland“ zur Diskussion in den Jugendabteilungen eignen, ist vielleicht zu bezweifeln. Sehr wertvoll kann es aber sein, wenn an diesen Abenden aus dem „Fachblatt der Maler“ vorgelesen wird, worüber dann nachher diskutiert werden kann, oder die Jugendzeitschrift Gegenstand einer Diskussion ist. Auch das Beschäftigen mit literarischen Fragen an diesen Abenden scheint uns sehr zweckmäßig zu sein. Im übrigen geht aus den Antworten auf unsere Fragen hervor, daß man sich auch an diesen Abenden oft mit fachlichen Angelegenheiten beschäftigt hat.

Daneben wurden abgehalten:

	Jahr	Anzahl Filialen	Teilnehm.
Sonstige Versammlungen	1929	507	5789
	1928	339	4075
Öffentliche Versammlungen	1929	85	1000
	1928	57	1876
Wanderungen	1929	329	3636
	1928	237	2839
Sport und Spiel	1929	176	1471
	1928	207	1776
Unterhaltungsabende	1929	383	3473
	1928	171	2231
Künstlerische Feste	1929	61	1667
	1928	50	1238
Führungen	1929	83	1203
	1928	91	838
Theater- und Konzertbesuche	1929	126	1510
	1928	79	838

Diese Tabelle liefert den Beweis, daß auch 1929 in den Jugendabteilungen ein recht reges Leben herrschte, mindestens in allen größeren Filialen vieles geschieht, um die Jugendlichen nicht nur gewerkschaftlich zu erfassen, sondern auch bestens fachlich und gewerkschaftlich zu schulen. In kleineren Filialen mit schwachen Jugendabteilungen kommt es aber noch vor, daß diese eigene Veranstaltungen überhaupt nicht abhalten und nur solche des Jugendkartells besuchen.

In 55 Filialen wurde ein Kursus über Holz- und Marmorarbeiten eingerichtet, zu dem sich, jeder Abend für sich gezählt, 12 085 Jungkollegen einfanden. Nachdem man in der Praxis immer mehr von der Intuition von Holz und Marmor abkommt, ist es erfreulich, daß großes Interesse gerade dafür bei den Jungkollegen besteht. In 40 Filialen wurde ein Schriftenkursus abgehalten mit 9211 Besuchern. 28 Filialen hatten auch Kurse über Dekorationsmalen und Raumstimmung eingerichtet, Teilnehmerzahl 7136, und in einer großen Filiale überließ man es den Jungkollegen, sich selbst irgendeine Facharbeit auszuwählen; hier betrug die Teilnehmerzahl 1266. Auch gewerkschaftliche Kurse fanden statt. Nach den Meldungen waren es in 47 Filialen 217 Abende mit 2001 Teilnehmern. Es mag aber sein, daß hier ein Teil der Einzelvorträge nochmals mitgezählt worden ist.

Die benutzten Jugendheime verteilen sich auf folgende Gruppen: eigene Heime 27, städtische Heime 35, Schulen 5, Wirtschaften 37, Filialbüro 2. Ein Raum im Gewerkschaftshaus wird von 19 Filialen als Heim benutzt. In einer Filiale ist es eine Werkstätte, in einer ein Lyzeum, in einem Falle eine Arbeiterturnhalle. — Es hat sich hier im Verhältnis zu den Vorjahren kaum etwas geändert. In 37 (1928 35) Filialen ist unsere Jugendabteilung noch darauf angewiesen, ihre Abende in einer Wirtschaft abzuhalten. Sicher geschieht dies auch noch in vielen Zahlstellen, so daß die Verhältnisse in Wirklichkeit noch viel ungünstiger liegen, als sie durch die Erhebungen in Erscheinung treten.

Die Jugendkartelle haben scheinbar 1929 eine größere Ausbreitung erfahren. Die uns mitgeteilte Zahl ist von 106 1928 auf 127 1929 gestiegen. In diesen 127 Filialen waren 28 305 Lehrlinge beschäftigt. In 97 (1928 72) Filialen ist unsere Abteilung darin vertreten, also auch in dieser Hinsicht eine wesentliche Besserung. Durch die große Erhebung über die Lehrlingsverhältnisse im Maler- und Lackierergewerbe vom September 1929 haben wir aber ein noch besseres Bild erhalten. Es erklärt sich das wohl daraus, weil damals Ortsfragebogen ausgegeben wurden, so daß auch Meldungen aus kleineren Orten eingingen, während diesmal nur die Filialen berichtet haben, wobei die Verhältnisse draußen in den Zahlstellen nicht immer beachtet worden sind.

Durch die Erhebung im September 1929 wurde ein Jugendkartell in 212 Orten ermittelt, in 115 war unsere Abteilung darin vertreten.

Ein Gesellenausschuß wurde uns von 140 Filialen gemeldet, ein Ausschuß für Lehrlingsfreiheiten nach § 111 des Arbeitsgerichtsgesetzes von 118 Filialen. Auch darüber hat die Erhebung 1929 uns näheren Einblick verschafft.

Ueber die bestehende Lehrzeit im Malergewerbe haben wir uns durch die Erhebung vom September 1929 genau orientiert, so daß wir bei der diesmaligen Filialumfrage darauf verzichten konnten. Nur soviel sei auch hier bemerkt, daß die vierjährige Lehrzeit sich immer mehr Eingang verschafft, bei den Arbeitgebern auch nach wie vor das Bestreben vorhanden ist, sie auf der ganzen Linie zur Einführung zu bringen.

Wir haben nur zusammenfassend über die Jugendarbeit unseres Verbandes berichten können. Es geht aber auch schon daraus hervor, daß auf diesem Gebiete immer mehr geschieht. So verweisen wir auf die mehr und mehr Eingang findenden Jugendtreffen, von denen auch 1929, mehrere mit zum Teil nach Hunderten zählenden Teilnehmern, stattgefunden haben. Auch für dieses Jahr sind schon wieder eine Reihe von Treffen festgelegt, über deren Verlauf wir noch Näheres berichten werden.

Spinnereien und Dampfmöhlen — und die großen staatlichen Tabakfabriken. Der Tabak wächst rund um Palermo, er gibt die schwarzen Cavourzigarren — äußerst fruchtbar ist die Ebene um Palermo: die Conca d'oro, die Goldene Muschel. Goldene Orangen im dunklen Gebläff. Welch reiche Gärten! Gemüsebau. Delbäume — Oliven. Maulbeerbäume — Seidenraupenzucht. Und die hohen Weizenfelder. Sizilien — schon in der Antike die Kornkammer Karthagos und Roms.

Seine Ureinwohner, die Sikuler: vor der historischen Zeit. Die ersten Kolonisten waren die Phönizier — sie gründeten da unten: dort — wo der Lichthaufen Palermo glänzt — dort gründeten die Phönizier ihr „Machanaath“, der Urname der ersten Siedlung: Machanaath, Lager, Handels- und Kriegslager. Phönizische Zeit. Nach den Phöniziern kamen die Griechen — um 750 vor Christus gründeten sie auf den Trümmern Machanaaths das historische Palermo: das griechische Panormos. Es stehen noch Mauern aus jener Alt-Griechenzeit. Panormos-Palermo! Nach den Griechen kam Karthago — um 480 vor Christus. Die Punischen Kriege, Kampf um Sizilien, Kampf zwischen Karthago und Rom. Karthago erlag. 241 vor Christus ist Sizilien römische Provinz — bis 493 nach Christus, da kam Theoderich mit seinen Ostgoten über Palermo und Sizilien. 535 kommen die Byzantiner, 827 blutete Sizilien unter dem krummen Sarazenen Schwert. 1061 kommen mit ihren Schiffsdrachen die blonden Riesen aus dem Nebelland — die Normannen, sie waren Siziliens Herren bis 1189. Dann kommen die Schwaben, die Hohenstaufen — bis 1266. Die französischen Anjou sind da, neue und grausame Herren der schönen Insel, vertrieben durch die Revolte der „Sizilianischen Vesper“. 1282 herrscht Aragonien über Sizilien. 1713 kommt Savoyen, mit Ritterlanze und Kreuzbanner. 1720 Oesterreich. 1738 Spanische Bourbons. Und endlich — Anno 1860, kommt Palermo und Sizilien durch den Freiheitshelden Garibaldi an die Bru.: des geeinten Italiens. Das ist die Geschichte Palermos und Siciliens. Ihr Freunde, ihr Maler — Dank für eure Worte.

Es ist ganz dunkel geworden. Am Zenit glühen die hohen Leuchtkäfer, die Sterne — von Palermo herauf schlagen die Kirchenglocken zehnmal. Kollegen: hinab!

Nun sind wir in der Maffadi, in der Trattoria „Gianturco“, dem Stammlokal der Maler. Riesige Gewölbe, hohe Fässer — hundert Tische, alle vollbesetzt, Gitarrenspiel und Mädchengesang: Popolari aus Siziliens Bergen, Bänkel- und Tränkefänger. Hier, beim „Gianturco“, hier verkehren nicht nur die Schiffsmaler und die Häusermaler und die Zimmermaler und die Kirchen- und Theatermaler — auch die Malerschüler von der Akademie sind hier zu Gast. Viele Kunstschüler waren früher selber Schiffsmaler oder Dekorationsmaler, ihr Fleiß und ihr Talent brachten sie auf die Akademie. Alles, was den Pinsel führt — gehört zur großen Familie der Farben. Hier gibt es keinen Stolz und kein Vorurteil — Maler sein: das ist die Bindung von Herz zu Herz. Hoch die Gläser, die Gläser mit dem Feuerwein von Trapani! — Evviva l'Arte celeste: es lebe die farbige Kunst, hoch Pinsel und Palette!

Ein heller Gesang stammt auf, gesungen von tausend freien Menschen — unter den Gewölben der Trattoria Gianturco. Frei sei die Kunst — frei sei das Lied — frei ist das Herz! Möge aus der Zitadelle und auf dem Palazzo des Erzbischofs das schwarze Banner Musulungos wehen — in der Malerkneipe von Palermo rauschen die Herzen rot wie seidene Fahnen. Nochmals, diesmal mit braunem Marjalamein: Evviva l'Arte celeste, hoch die farbige Kunst — hoch die Freiheit der Herzen — und hoch die Freiheit der See. Maler und Matrosen: wir drücken uns die Hände. Palermo — Machanaath — Panormos! Ein Werdegang von über 3000 Jahren. Der Ausklang ist immer die Freiheit! Maf Dorf u.

Lumpenproletariat.

Das rohe und harte Wort bezeichnet die Hermiten der Armen, die aus der gesellschaftlichen Ordnung völlig

ausgestoßen sind, und niemand, der heute noch sozial gefestigt erscheint, weiß, ob nicht, solange diese Wirtschaftsordnung besteht, auch einmal einer der eigenen Familie ins Lumpenproletariat hinuntergestoßen wird.

Gerade dieses Lumpenproletariat bedarf wegen der Größe der Not besonderer sozialer Beachtung. Nicht nur für sich, sondern auch für ein wesentliches Stück Zukunft des Volkes, das von diesem sogenannten Lumpenproletariat getragen wird. Denn, so ist leider durch statistische Untersuchungen erwiesen, die Kinderzahl ist im Lumpenproletariat verhältnismäßig wesentlich höher als in den andern sozialen Gruppen. Nach einer Arbeit, die Dr. Max Klesse in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene hierüber auf Grund eigener Feststellungen bekanntgibt, entspricht die Größe der Kinderzahl der sozialen Lage im umgekehrten Verhältnis. So entfallen auf eine Familie des gelehrten Arbeiters 2 Kinder, auf die des ungelehrten Arbeiters 2,2, doch im Lumpenproletariat kommen auf jede Familie im Durchschnitt 3,2 Kinder.

Aber damit ist es noch nicht genug. Auch die gesundheitliche Qualität dieser zahlreichen Kinder im Lumpenproletariat steht hinter den andern Arbeitergruppen zurück. Von den Kindern gelehrter Arbeiter gehörten gesundheitlich zur Gruppe Gut 22,2 %, zur Gruppe Mittel 40,2 % und zur Gruppe Schlecht 37,6 %, Zahlen, die wahrlich nicht günstig sind und doch vom Lumpenproletariat noch übertroffen werden. Denn hier gehörten zur Gruppe Gut nur 3,7 %, dagegen zur Gruppe Mittel 44,5 % und zur Gruppe Schlecht gar 51,8 %.

Welche Not ist in dieser göttlichen Wirtschaftsordnung doch möglich! Aber trotzdem predigt man immer wieder den Kinderreichtum, obwohl immer neu die Beziehungen zwischen Menschenqualität und sozialer Lage erwiesen werden.

Wir wollen gesunde Menschen! Und darum auch soziales Recht!

Die Werbearbeit für unseren Verband muss in allen Filialen und Zahlstellen aufgenommen werden!

Sozialpolitik, Arbeitslosenversicherung und Konjunktur.

Von Jürgen Kuczynski.

Im Zusammenhang mit Konjunkturproblemen kann man die Sozialpolitik zweifach gliedern. Einmal können wir alle die sozialpolitische Tätigkeit zusammenfassen, die sich mit mehr oder weniger permanenten sozialen Uebeln beschäftigt: Witwenpensionen, Altersrenten, Invalidenunterstützung, Krankenunterstützung usw. Die Mehrzahl der Witwen bleiben Witwen und diejenigen, die wieder heiraten, tun es meistens ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftliche oder irgendeine andere Konjunktur; die Altersrentner bleiben alt, und die Invaliden erhalten ihre verlorenen Glieder nicht wieder; die Kranken werden zwar wieder gesund, aber Krankheit und Gesundwerden stehen nur selten in Zusammenhang mit volkswirtschaftlicher oder irgendeiner anderen Konjunktur und ändern sich, soweit sie zum Bezug einer Krankenunterstützung berechtigen, umfangsmäßig kaum mit dem Wechsel der Jahreszeiten.

Die zweite Art sozialpolitischer Tätigkeit ist dadurch gekennzeichnet, daß sie in engstem Zusammenhang mit der volkswirtschaftlichen Konjunktur steht. Als bekanntestes Beispiel einer solchen sozialpolitischen Tätigkeit nennen wir die Arbeitslosenunterstützung. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung oder -unterstützung steigen und sinken mit dem Auf und Ab der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter. Sie ändern sich jedes Jahr mit der Saison und steigen dabei besonders in den Wintermonaten; und sie ändern sich jedes Jahr mit der Konjunktur, das heißt steigen bei Konjunkturverschlechterung und sinken bei Konjunkturverbesserung.

Ein Steigen der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung oder -unterstützung bedeutet aber nichts anderes als ein, wenn auch heute völlig ungenügender, Erfah von schwindender Kaufkraft. Solange die Versicherung oder Unterstützung nicht so hoch ist, wie die während der Beschäftigung verdienten Einkommen, kann die Versicherung oder Unterstützung die durch Arbeitslosigkeit verursachten Kaufkraftverluste nicht völlig ersetzen; wohl aber kann sie — und das tut sie auch heute — die Folgen der Arbeitslosigkeit für die Kaufkraft etwas abschwächen.

Sozialpolitik der zweiten Art dient also der Stabilisierung des Wirtschaftsverlaufes, und so sehr unser Mitleid oder unser Gerechtigkeitsgefühl eine Sozialpolitik der ersten Art fordert, die den Alten und Schwachen Hilfe bringt, so sehr fordert unser volkswirtschaftlicher Verstand den Ausbau der Sozialpolitik der zweiten Art.

Die Einsicht in die Notwendigkeit eines Ausbaues der Arbeitslosenversicherung ist allgemein volkswirtschaftlich begründet. Die Art des Ausbaues der Arbeitslosenversicherung sollte auf Grund lohnpolitischer Erwägungen entschieden werden.

Es ist, besonders in Gewerkschaftskreisen, bekannt, daß in Zeiten guter Unternehmerkonjunktur die Löhne der Arbeiter häufig auch real steigen, daß diese Steigerung jedoch nicht genügend groß ist, um dem Arbeiter einen gleichbleibenden oder steigenden Anteil am Sozialprodukt zu sichern. Bisher haben sich die Unternehmer stark genug erwiesen, um entsprechende Lohnforderungen — wenn sie überhaupt gestellt wurden — abzuweisen. Vielleicht liege sich nun ein Teil des Unwogen, das die Arbeiter in Zeiten guter Konjunktur erhalten, dennoch ihnen dadurch zuwenden, daß die Unternehmer die Arbeitslosenversicherung oder -unterstützung vorill und ganz tragen. Dadurch würden wohl die Löhne der Arbeiter zur Zeit der guten Konjunktur nicht genügend gesteigert werden, jedoch würden die Unternehmer für die Arbeiter eine Kaufkraft-Reserve aufbringen, die in Zeiten schlechter Konjunktur an die Arbeitslosen ausgeschüttet wird.

Die Unternehmer würden das zwar als eine neue Erhöhung der ihnen aufgebürdeten sozialen Lasten betrachten; die Gewerkschaften aber würden, und mit Recht, argumentieren, daß es sich hier nicht um eine soziale Last handelt, sondern um eine Lohnerhöhung mit besonderen Auszahlungsbedingungen, und ferner, daß die angesammelte Kaufkraft-Reserve der Wirtschaft als Ganzes nur von großem Nutzen ist, und die so verlustreichen Wirtschaftsdpressionen mildert. Denn das ist der große Unterschied zwischen der Arbeitslosenversicherung und den anderen sozialen Versicherungen Deutschlands: Während ein Ausbau der anderen sozialen Versicherungen zahlreichen Individuen helfen wird, wird ein Ausbau der Arbeitslosenversicherung nicht nur zahlreichen Individuen — den einzelnen Arbeitslosen nämlich — sondern der Wirtschaft als Ganzes von Nutzen sein.

Die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden.

Am 17. Mai wurde die Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 eröffnet. Unter EP-Verichterstattung wird nachstehend ein Gesamtüberblick über die Ausstellung, Ueber Einzelheiten — auch solche fachlicher Art — wird weiterhin berichtet werden.

Der Rundgang durch die Ausstellung beginnt bei der persönlichen Hygiene, den wissenschaftlichen Fachgruppen und hierbei im besonderen bei der Sonderschau „Das Krankenhaus“. Eine Musterräumchen bietet sich dem Besucher dar. Hier sind annähernd 70 Krankenzimmer in Originalausführung und Originalausstattung eingerichtet. Die Rationalisierung des Wirtschaftswesens hat vornehmlich mit der Normierung und Typisierung im Krankenhaus Einzug gehalten. Der Janok (Fachnormen-Anschluß Krankenhaus) stellt in geschlossener Schau seine Arbeiten und Bestrebungen aus. Eine theoretisch-statistische Abteilung zeigt wie gewaltig das Krankenhauswesen sich im letzten Jahrhundert in Deutschland entwickelt hat.

Der Weg führt vorbei an der Gymnastikhalle „Für den betriebsfähigen Menschen“, die (als Dauerbau errichtet) den im Titel zum Ausdruck gebrachten Bedürfnis durch Bau und Betrieb mustergültig gerecht zu werden verspricht. Die Ausstellungsgruppe „Leibesübungen“ zerfällt in eine wissenschaftliche Abteilung und eine Ausstellung der Organisationen, darunter der Verbände der Zentralkommission für Arbeiterpost- und Körperpflege. In Ergänzung dieser beiden Gruppen eine im Siedlungsgelände der Ausstellung gelegene Musteryugendherberge.

Außerlich klein, inhaltlich aber bedeutungsvoll die nächste Halle, „Gesundes Seelenleben“. Die Entwicklung, die medizinische Denkweise und medizinische Therapie in den letzten Jahrzehnten genommen haben, haben es gemeinsam mit der psychischen Struktur des modernen Menschen als notwendig erscheinen lassen, dem Thema „Gesundes Seelenleben“ eine eigene Ausstellungsgruppe zu widmen, zumal die gewaltigen Arbeitsanforderungen im Zeitalter der Rationalisierung seelenerstörend wirken.

Das Deutsche Hygiene-Museum. Den Mittelpunkt des Ganzen bildet die Abteilung „Der Mensch“, die über Bau und Forderungen des Körpers Anschluß gibt. Um diesen Kern herum sind die übrigen Schanzräume in zwei Stockwerken untergebracht. Im Untergeschoß sind die Fragen behandelt, die zum „Menschen“ im engeren Sinn gehören und in das Gebiet der persönlichen Gesundheitspflege hüberleiten: Menschenkunde, Die Frau als Mutter und Arbeiter, Vererbung und Eugenik, Ernährung. Das Obergeschoß ist der Umwelthygiene gewidmet. Außerdem hat in dieser Stockwerk eine umfangreiche geschichtlich-ethnologische Abteilung Platz gefunden.

Eine Sonderausstellung nimmt die Abteilung „Hygiene der Volkserziehung“ ein. Weitans der größte Teil der Ausstellungen, die eine Gesamtfläche von 543 qm umfassen, ist in den letzten 1 1/2 Jahren neu bearbeitet worden, nur etwa 100 qm wurden mit bereits vorliegendem Material gefüllt, und auch dieses ist zum größten Teil erst innerhalb der letzten vier Jahre hergestellt worden.

Die allgemeine Körperpflege wird als Kulturnotwendigkeit und gleichzeitig als Lebensnotwendigkeit gezeigt. Das profunde nächste Thema wird durch einen besonders aufschlußreichen Traktat zur Sanitation geleitet, die in der Vorschau der Gruppe liegt. Die

Vorschau steht unter dem Thema „Die Umwelt des Großstädters“ und ist dargestellt durch die sogenannte „Hölle von 1930“. Unruhe, Lärm und Hast, wie sie der Großstadtverkehr mit sich bringt, Rauch, Ruß, Lichtglimmer, die der Großstadtstraße weiseigenfüllig anhaften, sie alle drängen hier in konzentrierter Form auf den Passanten ein. Ein Gartenhof schließt sich an, der die gesunde Umwelt charakterisiert, der die Faktoren Sonne, Luft und Ruhe zum Ausdruck bringt, die den Ausgleich zu bieten in der Lage sind zu der „Hölle von 1930“. Dann folgt die Abhandlung der einzelnen Belange der Körperpflege selbst.

Dem Thema „Das Kind“ ist auf Ausstellungen seit Jahren bereits vermehrtes Interesse zugewendet worden. Wenn heute das Thema „Der Säugling“ wiederum in großem Ausmaß auf einer Ausstellung gezeigt wird, so ist der Grund, im Rückblick der gewaltigen Geburtenrückgänge die Aufmerksamkeit vermehrt auf die Pflege und Wartung des einzelnen Lebewesens zu richten, um die Geborenen im weitesten Ausmaß zu vollwertigen Menschen heranwachsen zu lassen.

Im inhaltlichen Zusammenhange zu der Gruppe „Das Kind“ steht das „Musterschulhaus“, das räumlich der Siedlung angegliedert ist.

„Die Frau in Familie und Beruf“ zeigt mit dem Titel sogleich ihre Aktualität im Rahmen des Gesamtprogramms. Mehr und mehr hat sich gezeigt, daß die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren aufgeauchte Erscheinung der Doppelbelastung der Frau durch Familienpflichten einerseits und durch Berufspflichten andererseits Dauerzustand wird. Die Erscheinung greift tief ein in die hygienischen Belange der Frau. Es folgt die Darstellung der Eigenart der Frau, der körperlichen sowie der geistig-seelischen unter Hervorhebung der Besonderheiten der Frau.

„Arbeits- und Gewerbehygiene“ wird von der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Frankfurt am Main gemeinsam mit dem Deutschen Hygiene-Museum zusammengestellt. Neben der Bekämpfung der in der Arbeit auftretenden Gefahren finden sich besonders Darstellungen, die die Bedingungen und Formen zweckmäßiger Arbeit zum Gegenstand haben. Die Anforderungen, die die Arbeit an den Menschen stellt, werden in der Abteilung „Der Mensch und die Arbeit“ gezeigt. Die Maßnahmen der physiologischen Rationalisierung zeigt die folgende Abteilung. Darstellungen von Arbeitsplatz und Arbeitszeit finden sich in der weiteren Abteilung. Sie leiten über zu den Abteilungen Arbeitspsychologie und Ermüdung, an die sich ein Erholungsraum anschließt. Richtige Beleuchtung, Schutz vor Lärm, werden abgehandelt. Von den Schäden der Gewerbehygiene werden Blei, Benzol, aromatische Verbindungen, Kohlenoxyd und anderes als Beispiele dargestellt in ihren Schäden und ihren Bekämpfungsmaßnahmen.

In dem Ausstellungsgelände der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930, das ein Areal von 400 000 qm umfaßt, befindet sich der Platz der Nationen. In Ausstellungshallen, die kranzförmig den Platz umschließen, stellen zahlreiche Länder und internationale Organisationen aus. Dem Rufe der Internationalen Hygiene-Ausstellung sind 24 Staaten und Organisationen aus fremden Ländern gefolgt.

Dann führt der Weg zu der Gruppe „Lebensmittel“. Der wissenschaftliche Teil dieser Gruppe ist vom Reichsgesundheitsamt erstellt.

„Schädlingsbekämpfung und Desinfektion“, „Alma“, „Hygiene der Kleidung“ sind die nächsten Abteilungen.

Das Thema „Wohnung und Siedlung“ wird auf der Ausstellung in zwei Abteilungen abgehandelt: 1. Die gesunde Wohnung. 2. Die gesunde Stadt. Bei der Auswahl der Siedlungshäuser, die in Originalausführung und -ausstattung gezeigt werden, waren hygienische Momente ausschlaggebend, denen gegenüber die Frage der Wirtschaftlichkeit sogar zurücktreten mußte. Folgende vier Aufgaben sind gelöst worden: Haus für eine kinderreiche Familie, Haus für einen Lungenkranke, Haus für einen Kriegskrieger, Haus „Südeleuchtung“. Da man in unserer Zeit immer mehr erkennen mußte, daß Siedlungshäuser eine Ideallösung, Geschloßwohnungen aber vorläufig für uns die Realisierung sein müssen, ist dem Thema „Geschloßwohnungen“ eine eigene Ausstellungshalle gewidmet, in der 2-, 3-, 4- und 6-bettige Wohnungen gezeigt werden, die unter Berücksichtigung von Wohnungshygiene und Wirtschaftlichkeit für minderbemittelte Kreise gestaltet worden sind. Die Abteilung „Die gesunde Stadt“ zeigt den Städtebau als Ergebnis wirtschaftlicher, verwaltungstechnischer und künstlerisch-schöpferischer Gestaltung.

Als letzte der wissenschaftlichen Fachgruppen auf dem Rundgang sei genannt „Aberglaube und Gesundheit“. Die Ausstellung führt über die phantastischen Aberglaubensäußerungen der Epochen und alten Kulturvölker durch Mittelalter zur Neuzeit. Selbst Zeilets ist nicht vergessen. Gefahren und Schäden des Aberglaubens werden in eindringlicher Weise vorgeführt, vor allem in einer großen Drehbühne, die in fünf Aktschläffen das Drama eines Krebskranken zeigt, der der falschen Behandlung zum Opfer fällt. Maßnahmen gegen den Aberglauben und seine Ausnutzung schließen die Gruppe ab.

Die Ausstellung der Reichsregierung erfolgt in einer historischen Schau, die in größerem Umfange unter dem Titel „Entwicklung des deutschen Gesundheitswesens“ in Erscheinung tritt. Die Gruppenaufstellung sieht die historische Bearbeitung sämtlicher Gebiete vor, auf denen das Reich in den letzten 100 Jahren wirken konnte: Seuchenbekämpfung, Ernährungswesen, Gesundheitschutz der Arbeiter, Sozialversicherung, Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, des Alkoholismus, Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.

Auch die einzelnen Länder haben ausgestellt. Es fehlt auch nicht eine Ausstellung der deutschen Städte.

Will man den Gesamteindruck nach dem ersten kurzen Rundgang wiedergeben, so muß man feststellen, daß eine Fülle des wertvollsten Materials gegeben wird. Jedermann, ob Mann, ob Frau, ob Jungendlicher, kann eine Fülle der Belehrung aus dieser Ausstellung schöpfen. Es scheint aber auch vieles zu fehlen, was man gern gesehen hätte: man zeigt uns zwar, wie es sein sollte, aber man vermeldet es anscheinend krampfhaft, zu zeigen, was ist. Sagen wir es rund heraus: es fehlt die Gesundheitsstatistik. Andererseits aber zeigt die Ausstellung ein weiteres: die unermüdete Aufbauarbeit der Gewerkschaften, auf deren Drängen und deren Druck hin erst die meisten sozialpolitischen und sozialhygienischen Maßnahmen getroffen wurden.

Briands Europaplan und die Arbeiterchaft.

Nunmehr hat der französische Außenminister seinen bereits längst gehegten Plan zur Ausführung gebracht und den 27 europäischen Staaten, die zugleich Mitglied des Völkerbundes sind, eine Denkschrift über ein vereinigtes Europa überreicht. Zu gleicher Zeit fand in Berlin der Paneuropäische Kongreß statt, der von dem bekannten Vorkämpfer dieser Idee, Graf Coudenhove, geleitet wurde. Da überdies fast an dem gleichen Tage die Rheinlandräumung von der französischen Regierung befohlen, die Reparationskommission aufgelöst wurde und die Bank für internationalen Zahlungsausgleich ihre Tätigkeit begann, konnte man zweifellos von dem Beginn einer geschichtlichen Epoche sprechen. Will Graf Coudenhove einen europäischen Staatenbund mit Bundesparlament, Bundesheer, Zollbergstellungen usw., so will Briand räumlich mehr, sachlich aber weniger.

Briands Denkschrift richtet sich an das gesamte Europa außer Rußland. Sie erstrebt nicht: ein Bundesreich, das die Hoheitsrechte seiner Mitglieder auf irgendeinem Gebiet beschränkt; eine Organisation außerhalb des Völkerbundes, dem es sich vielmehr in jeder Weise einzufügen hat. Nicht geplant ist ferner ein Schutz- und Trutzbund gegen andere Erdteile oder gegen außenstehende Mächte, etwa gegen die Sowjetunion. Der Vorschlag hat ferner keine Zollunion mit entsprechender Abschließung nach außen im Auge. Wenn dies alles durch Briands Vorschlag nicht erreicht werden soll, so erhebt sich nunmehr die Frage, was durch diesen außergewöhnlichen Schritt eigentlich beabsichtigt ist. Briand führt in den einleitenden Worten die Armut Europas auf die Zerrissenheit und Zerspaltung der Kräfte innerhalb dieses Erdteiles zurück. Diese Zerspaltung der Kräfte beschränkt die Möglichkeiten für eine Erweiterung des Wirtschaftsmarktes, den Ausbau und die Verbesserungsversuche auf dem Gebiete der industriellen Produktion, sie verschärft die Krisen auf dem Arbeitsmarkt, die Quellen politischer wie sozialer Schwankungen sind. Diese Gefahren sind durch die große Ausdehnung der neuen Landesgrenzen (mehr als 20 000 km) noch vermehrt worden. Das Wirken des Völkerbundes reicht nicht aus, um diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Dies um so mehr, weil der Völkerbund eine univertelle Gemeinschaft sei. Deshalb wird die Verwirklichung einer europäischen Bundesorganisation erstrebt, die europäische Interessen unter der Aufsicht und im Geiste des Völkerbundes miteinander in Einklang bringen soll. Die Einführung des erstrebten Bundesverhältnisses zwischen europäischen Regierungen soll keinesfalls irgendeines der souveränen Rechte beeinträchtigen.

Kollegen! Sorgt dafür, daß die in die Lehre gekommenen Jungkollegen Mitglieder unserer Jugend-Abteilung werden!

die den Mitgliedsstaaten des europäischen Verbandes zustehen.

Als Organe des Europabundes sind gedacht: Schaffung eines repräsentativen und verantwortlichen Organs in Gestalt einer regelrechten Einrichtung der „Europäischen Konferenz“, bestehend aus den Vertretern aller europäischen Regierungen, die Mitglieder des Völkerbundes sind. Zur Vermeidung jedes Übergewichtes eines Staates soll der Vorsitzende dieser Konferenz jährlich wechseln. Des fernern ist ein Vollzugsorgan in Gestalt eines ständigen politischen Ausschusses gedacht. Dieser Ausschuss soll in Genuß seines Sitz haben, dorthin seine Tagungen abhalten, die mit denen des Völkerbundesrat zusammenfallen. Das zu schaffende Sekretariat soll die Durchführung der Weisungen des Vorsitzenden der Konferenz oder des europäischen Ausschusses, den Verkehr zwischen den Signatarmächten des europäischen Vertrages, die Einberufungen der Konferenz oder des Ausschusses, Vorbereitungen ihrer Tagesordnungen, die Eintragung und Bekanntheit ihrer Entschlüsse usw. verwaltungstechnisch erledigen. Es soll seinen Sitz ebenfalls in Genf haben.

Nach der Festlegung der technischen Seite der Angelegenheit kommt die Denkschrift auf die Leitgedanken zu sprechen. Allgemein soll das Wirtschaftsproblem der Völkler untergeordnet sein. Der Begriff des politischen Zusammenwirkens soll den Endzweck haben, einen Bund zu errichten auf der Grundlage des Gedankens der Einigung und der gegenseitigen Annäherung der europäischen Volkswirtschaften. Das höchste Ziel soll in der Schaffung eines gemeinsamen Marktgebietes zur Höchsterhebung des Niveaus der menschlichen Wohlfahrt liegen. Um zur Durchführung dieses Programms zu gelangen, ist das Zusammenwirken auf folgenden Gebieten gedacht:

Durchführung des von der letzten Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes aufgestellten Programms; Kontrolle der Politik der internationalen Industrieverbände und -kartelle; Prüfung der Möglichkeiten des Tarifabbaus. Zusammenwirken bei den großen öffentlichen Arbeiten der Staaten (Kraftfahrstraßen, Kanäle usw.). Regelung des Durchgangsverkehrs zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Förderung des Kreditwesens zur Erweiterung des europäischen Marktes. Lösung gewisser europäischer Sonderfragen der Arbeit, wie die Arbeit in der Luftschiffahrt und in der Glasindustrie, Regelung der sozialen Folgen der Auswanderung innerhalb Europas usw. Allgemeine Anwendung gewisser hygienischer Forderungen, insbesondere Hebung der Gesundheit in den landwirtschaftlichen Gebieten; Anwendung der Krankenversicherung; europäische Seuchenmaßnahmen; wissenschaftliches und verwaltungstechnisches Zusammenwirken im Kampfe gegen die sozialen Gebrechen, die Berufskrankheiten, die Kindersterblichkeit usw. Zusammenarbeit der Universitäten; Zusammenfassung der wissenschaftlichen Forschung; Verbesserung des Pressewesens usw. Benützung der Organisation und Arbeiten der „Interparlamentarischen Union“ zur Förderung der Fühlungnahme und des Meinungsaustausches zwischen den Parlamentariern der verschiedenen Länder.

Dies die wichtigsten Bestimmungen über das Zusammenwirken auf den verschiedensten Gebieten. Antwort wird bis zum 15. Juli erbeten. Der letzte Abschnitt des Memorandums beginnt mit den Worten: „Einig sein, um zu leben und zu gedeihen — das ist die gebieterische Notwendigkeit, vor der forsan die Völkler Europas stehen.“

Die letzten Worte können von der Arbeiterschaft unterschrieben werden. Zweifellos bildet der Versuch, eine europäische Staateneinheit herzustellen, einen sehr großen Fortschritt. Die Vorschläge liegen in dem Rahmen, die von der sozialistischen Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten propagiert worden sind. Die Zerrissenheit Europas ist nicht nur eine Angelegenheit der hohen Politik, sondern sie greift tief in das Leben jedes einzelnen ein. Die oben mitgeteilten sozialpolitischen Forderungen sind besonders beachtenswert. Eine Beseitigung der Schutzzollmauern bringt eine Erweiterung des Handels, des Verkehrs und der Produktion. Mit dieser wächst der Spielraum der Lebensbefriedigung und somit der soziale Lebensstandard eines jeden einzelnen Volkes. Der Internationale Gewerkschaftsbund wird diese Bestrebungen mit Nachdruck fördern. Wenn sie aber in irgendeiner Form greifbare Gestalt annehmen sollten, dann kann die Erledigung dieses großen Problems nicht ohne aktive Mitarbeit der Arbeiterbewegung vor sich gehen. Dies ist die Forderung, die wir bei der Befürwortung dieses Planes herausstellen möchten.

Der Reichslohntarifvertrag für das deutsche Maler- und Lackiererhandwerk bleibt weiter allgemeinverbindlich.

Der Reichsarbeitsminister. Berlin NW, 17. Mai 1930 III b Nr. 1877/352 Tar.

An den Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands, Hamburg 36, Betr.: Antrag auf Allgemeinverbindlicherklärung des Reichslohntarifvertrages für das Deutsche Maler- und Lackiererhandwerk.

Auf den Antrag vom 1. Mai 1930.

Die allgemeine Verbindlichkeit des Reichslohntarifvertrages hat nicht geendet. Der gekündigte Reichslohntarifvertrag ist ohne sachliche Änderung vor Ablauf der Kündigungsfrist durch verbindlichen Schiedspruch verlängert worden. Die Kündigung ist also zu einer rechtlichen Auswirkung hinsichtlich des Tarifvertrages nicht gelangt, so daß der Bestand des Tarifvertrages und damit

nach der der Allgemeinverbindlicherklärung nicht berührt werden.

Bei dieser Sachlage bedarf es keiner Allgemeinverbindlicherklärung der Verlängerungsvereinbarung des Reichslohntarifvertrages.

Im Auftrage gez. Dr. Sijler. (Stempel und Beglaubigung.)

Dasselbe gilt auch für den Lohn-tarifvertrag im Malergewerbe in der Rhein-provinz, im Regierungsbezirk Arnberg u. s. w., wie das Reichsarbeitsministerium unserer Bezirksleitung in Köln am 15. Mai 1930 mitgeteilt hat.

Gemeinschaft

Du kanntest nur das Ich! Ich will, ich möchte, mag! Und dachtest, dies, dein Wollen sei aller Weisheit Schluß. Bis eine kurze Stunde dir blühschnell machte klar, daß all dein brünstig Streben nur Schutt und Trümmer war, denn es zerfiel in sich vor deinem: Ich! Ich! Ich!

Du sahst die andern schaffen wie dich, in eifriger Eile, doch ihres Wesens Stimme drang niemals bis zu dir. Du kanntest nicht ihr Sehnen, was ging es dich auch an? Sie sah'n nicht deine Tränen in ihrem Fieberwahn. In aller Laibrenter stand nie das Wörtchen: Ihr!

Laßt heute uns beschließen ein anderes Gebot: Uns wollen wir genügen und „Wir!“ sei unser Brot. Nicht wird vom Himmel regnen ein Manna uns zum Trost; wir müssen selbst uns segnen die Lage, kampfunstos. So schreibt denn auf's Panier hinfort nur: Wir! Wir! Wir!

August Steinbrügger.

Aus unserm Beruf

Halle an der Saale. Am 18. Mai hielt unsere Filiale eine Filialkonferenz ab. Kollege Böhm begrüßte die erschienenen Kollegen. Anwesend waren von 16 Jahrestellen 22 Vertreter. Der Bezirksleiter, Kollege Vogt, erstattete einen gut informierenden Bericht über die gepflogenen Lohn- und Tarifverhandlungen in Berlin. Der Filialleiter, Kollege Mita ge, gab darauf einen ausführlichen Jahres- und Kassenbericht, der die Anerkennung der Konferenz fand. Zum Punkt Agitation wurde beschlossen, daß in allen Jahrestellen in den kommenden Wochen eine umfassende, planmäßige Hausagitation durchgeführt werden soll. Die Jugendbewegung hat gute Fortschritte gezeigt, zumal in einzelnen Jahrestellen. Die veranstalteten Kurse und Vorträge der Filiale über Gesetzgebung (Arbeitsrecht, Betriebsrätegesetz) sowie über Gewerkschaftsfragen, fanden die volle Zustimmung der Kollegen. Als Unterstützung für das Treffen in der Sächsischen Schweiz, wurden der Jugendgruppe 100 M bewilligt. Die gut verlaufene Konferenz kann als ein Ansporn zum weiteren Auf- und Ausbau des Verbandes in unserer jetzigen Frühjahrsagitation bezeichnet werden.

Mainz. Am 17. Mai feierte unsere Filiale ihr 34. Stiftungsfest mit Ehrung der Jubilare im „Goldenen Pfug“. Nach einem einleitenden Musikstück begrüßte der Vorsitzende, Kollege Lüft, die mit ihren Angehörigen erschienenen zirka 400 Kollegen und wies darauf hin, daß die jetzige schwere Zeit allgemein zwar nicht dazu angetan sei, Feste zu feiern, daß aber Feste wie dieses notwendig seien, um unsere gewerkschaftliche Sache zu fördern. Zum Schluß begrüßte er im Namen der Filiale Mainz die anwesenden Kollegen und Gäste aufs herzlichste und wünschte dem Fest einen frohen Verlauf. Nach einem Gesangvortrag des Männergesangsvereins „Hoffnung“ nahm unser neuer Geschäftsführer, Kollege Kaitu, die Ehrung der Jubilare vor. Er führte aus, daß heute vor 34 Jahren eine kleine Gruppe von 13 Kollegen auf Veranlassung des Kollegen Weißbecker zusammentrat, um die Gründung der Filiale Mainz vorzunehmen, und daß heute nach vielen Kämpfen und Opfern, aber auch nach vielen Erfolgen die Filiale auf eine über 1000 Mitglieder starke Organisation herangewachsen sei. Die damaligen traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen hätten durch das unermüdete Kämpfen und Eingreifen des Verbandes ganz wesentliche Verbesserungen erfahren, und wenn auch die heutigen Verhältnisse keineswegs befriedigen, so könne doch kein Mensch ernsthaft die erzielten Erfolge wirtschaftlicher wie auch sozialer Art bestreiten. Die Leistungen unseres Verbandes in bezug auf die verschiedensten Unterstützungsrichtungen würden jährlich immer größere, viel Not und Elend sei dadurch

schon von unsern Kollegen und ihren Angehörigen abgewendet worden. So wurden allein im vergangenen Jahre 425 478 M an Arbeitslosen- und 192 658 M an Krankenunterstützung aus Verbandsmitteln ausgezahlt. Aus lokalen Mitteln wurden ebenfalls wieder im vorigen Jahre fast 4000 M in Form einer Winterbeihilfe an arbeitslose Kollegen zur Auszahlung gebracht. Außerdem sei am 1. April dieses Jahres erstmalig die Invalidenunterstützung des Verbandes in Kraft getreten, und eine Reihe Kollegen unserer Filiale erhalten von jetzt an monatlich eine Unterstützung. Er wies darauf hin, daß all diese bedeutenden Erfolge und Leistungen nur dem steten, intensiven Wirken unseres Verbandes, der Opferwilligkeit und nicht zuletzt dem großen Vertrauen der Kollegen zur Organisation zu verdanken wären. Das sei der beste Beweis dafür, daß nur der Verband allein die Interessen der Kollegen erfolgreich vertrete und somit der beste Schutz für die Zukunft sei. Wir hoffen daher, daß der Verband sich immer weiter entwickelt und seinen Wirkungsbereich immer größer zieht. Wir dürfen nicht eher ruhen, bis auch der letzte Kollege unserer Organisation zugeführt ist. Gerade die letzten schweren Zeiten der allgemeinen Wirtschaftskrise und deren Folgereisung, die starke Arbeitslosigkeit erfordern mehr denn je die restlose Zusammenfassung aller Kräfte auf Seiten der Arbeiterschaft. Die Filiale Mainz verfolge über einen alten, treuen Mitgliederstamm, der ihr tragfähiges Fundament abgibt und die sichere Gewähr dafür biete, daß sie der Zukunft hoffnungsvoll entgegengehen könne. Nachdem Kollege Karla den anwesenden Jubilaren die Diplome überreicht und ihnen anschließend recht herzlich im Namen des Hauptvorstandes und der Filiale Mainz gratuliert hatte, sprach er ihnen weiter Dank und Anerkennung aus für die Treue und Mitarbeit, die sie dem Verbande in guten und bösen Tagen 25 Jahre lang bewahrt hätten. Er wünschte ihnen nebst Angehörigen noch recht viel Glück und Sonnenschein und daß es ihnen vergönnt sein möge, bei bester Gesundheit in unserer Mitte noch so manches Jahr weiterzustrahlen. An die junge Kollegenschaft richtete er die Mahnung, das begonnene Werk fortzusetzen und weiter auszubauen, zum Wohle aller Berufskollegen und ihrer Angehörigen. Mit einem Treuegelübde und einem dreifachen Hoch für die gesamte freie Arbeiterbewegung, den Gesamtverband, die Mainzer Filiale und besonders aber für die Jubilare beschloß er den offiziellen Teil der Feier. Nach einer kurzen Pause eröffnete unser alter, treuer Kollege Valtin Kösch mit einem launigen Gedicht den unterhaltenden Teil. Gesang-, Musik- und humoristische Vorträge hielten die Teilnehmer noch lange in schönster harmonischer Stimmung zusammen.

Nordhausen. Am 17. Mai fand im Gewerkschaftshaus die Feier des 40jährigen Bestehens der Filiale Nordhausen statt. Kollege Lemplin konnte nicht nur einen großen Teil Kollegen vom Ort begrüßen, die mit ihren Angehörigen der Einladung gefolgt waren, sondern auch die Vertretungen einer Reihe von Jahrestellen und nicht zuletzt die der Filiale Erfurt. Genosse Meyer überbrachte die Grüße des Ortsausschusses und der sozialdemokratischen Partei Nordhausens. Kollege Bag hatte die Festrede übernommen. Er übermittelte einleitend die Glückwünsche des Verbandsvorstandes, insbesondere für die beiden Jubilare, die Kollegen Paul J a s e r und Hugo S a m e l m a n n, die unserm Verband 25 Jahre die Treue gehalten haben, und nicht zuletzt dem Kollegen Friedrich M o s e s, der als einziger von den Gründern der Filiale herste noch der Organisation angehört. Ausgehend von den allgemeinen schlechten Verhältnissen der Wirtschaft und des Berufes, in denen wir uns seit langem befinden, zeichnete der Kollege Bag ein Bild der Entwicklung des Verbandes seit dem Jahre 1885 und der Filiale Nordhausen, seit ihrer Gründung 1890. Nordhausen ist uns nicht nur bekannt durch verschiedene hier hergestellte Spezialprodukte und seiner wunderbaren landschaftlichen Lage, sondern auch deshalb, weil 1894 die 5. Generalversammlung des Verbandes hier stattfand, auf der für die damalige Zeit recht bedeutende Beschlüsse gefaßt wurden. Neben einer Herabsetzung der Sommerbeiträge auf 15 S pro Woche, wurde auch der Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dem heutigen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, beschlossen. Seitdem sei manches anders und vieles selbstverständlich geworden, was damals noch stark umstritten war. Es sei aber auch vorwärts gegangen. Der Verband hat an Einfluß gewonnen, seine Mitgliederzahl gesteigert und gefestigt, das Unterstützungswesen ausgebaut und das Lohn- und Arbeitsverhältnis durch Schaffung von Tarifverträgen auf eine recht ansehnliche Höhe gebracht. Die Filiale Nordhausen hat mit dem Gesamtverband gleichen Schritt gehalten. Besonders hervorzuheben sei die gut funktionierende Lehrlingsabteilung, die zu den besten Hoffnungen berechtigt. Mit der Aufforderung, im bisherigen Sinne weiterzuarbeiten und einem Hoch auf den Verband und die Jubilare schloß Kollege Bag die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Kollege Lemplin überreichte den beiden Jubilaren die von der Filiale unter Glas und Rahmen gebrachten Diplome des Verbandsvorstandes und verband damit den Dank und das Gelübde der Kollegenschaft, es den Jubilaren gleichzutun und für die weitere Ausbreitung und Stärkung des Verbandes alles einzusetzen. Der Volkschor „Nordhausen“ und der Arbeiter-Mandolinklub „Melodia“ trugen ihr Bestes zum Gelingen des Festes bei. Durch Darreichung von Kaffee und Kuchen wurde der Uebergang vom akademischen zum gemüthlichen Teil der Feier geschaffen. Es war schon früh am Tage, als sich die Teilnehmer in der besten Stimmung gute Nacht sagten.

Rheine. Nach wiederholten Bemühungen ist es uns gelungen, in Rheine wieder eine Jahrestelle, zur Filiale Münster gehörig, zu errichten. Das im Jahre 1927 vereinbarte Lohnabkommen war zum 31. März 1928 gekündigt worden. Alle Bemühungen, wieder zu einem den Verhält-



Schafft Arbeit für das Malergewerbe!

Meldet anstrichbedürftige Objekte an den Reichsauschuß für Sachwerterhaltung in Berlin!

Schutz vor Wetter und Verfall: Lack und Farbe übermalen!

Meldekarten sind beim Füllalvorstand zu haben.

nissen entsprechenden Lohnabkommen zu gelangen, scheiterten an dem Widerstand der Arbeitgeber. Aber auch die Kollegen verhielten sich der Lohn- und Tariffrage gegenüber recht gleichgültig. Durch den Wsfall vom Verband stärkten die Kollegen die Unternehmer in ihren Bestrebungen, einen tariflosen Zustand herbeizuführen. Wir ließen uns durch die vorübergehende Gleichgültigkeit der Kollegen nicht irren machen und versuchten, durch die Allgemeinverbindlichkeit des Bezirksarbeitsvertrages und des Bezirkslohnabkommens ein geregeltes Arbeitsverhältnis auch für Rheine zu schaffen. Dieses ist uns dann in den Jahren 1928 bis 1929 auch gelungen. Da keine Mitglieder unseres Verbandes mehr am Orte waren, glaubten die Unternehmer ihrer Pflicht, Lohn- und Tarifvertrag durchzuführen, entbunden zu sein. Statt des tariflich vereinbarten Stundenlohnes von 1,11 M wurden nur 95 ¢ pro Stunde gezahlt. Im Januar hielt ein Kollege es für gut, den zu wenig gezahlten Tariflohn am Arbeitsgericht einzuklagen. Der verklagte Arbeitgeber wurde verurteilt, den zu wenig gezahlten Tariflohn nachzuzahlen. Da die Frage, ob das im Jahre 1927 vereinbarte Lohnabkommen noch Geltung habe, oder ob die Allgemeinverbindlichkeit Platz greifen müsse, nicht genügend geklärt war, wurde das Urteil für berufungsfähig erklärt. Das Landesarbeitsgericht Münster beschäftigte sich mit dieser Frage und entschied, daß Bezirkslohnabkommen und Tarifvertrag für Rheine Geltung haben und bestätigte das Urteil des Arbeitsgerichtes Rheine. Berufung wurde nicht zugelassen. Auf Grund dieser Entscheidung erklärte sich die Maler-Zwangseinigung bereit, am 6. dieses Monats mit uns in Verhandlungen zu treten. Nach längeren heftigen Auseinandersetzungen wurde vereinbart, mit Wirkung vom 15. April den Bezirksarbeitsvertrag und das Bezirkslohnabkommen in Rheine durchzuführen. Durch unser Eingreifen erhielten die Kollegen also eine Lohnzulage von 16 ¢ pro Stunde. Dieser Fall beweist von neuem, daß selbst dort, wo rechtsgültige tarifliche Bestimmungen bestehen, diese erst dann durchgeführt werden, wenn die Organisation als Träger der Vereinbarung am Orte in genügender Form vertreten ist. Wir erwarten, daß nicht nur die Rheiner, sondern alle Kollegen nünmehr zu der Erkenntnis kommen, daß es ohne Organisation keine geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen mehr gibt, denn die Fälle, wo durch die Auflösung der Organisation die Durchführung der tariflichen Vereinbarungen vernachlässigt werden, stehen nicht vereinzelt da. Der Vorteil, der für jeden einzelnen Kollegen bei der Durchführung der tariflichen Bestimmungen erzielt worden ist, ist so stark in die Augen springend, daß auch der schwerfälligste begreifen muß, daß es seine Pflicht ist, in seinem eigenen Interesse sowie im Interesse der gesamten Kollegen, dem Verband der Maler Deutschlands anzugehören. Tarifvertrag und Lohnabkommen sind bis 30. April 1931 befristet. Es ist reichlich Gelegenheit vorhanden, bis dahin noch alle fernstehenden Kollegen dem Verbände zuzuführen, um auf einer besseren und sicheren Grundlage die späteren Verhandlungen pflegen zu können.

Baugewerbliches

Lügen über die Banbhütte Berlin.

Durch einen großen Teil der bürgerlichen Presse ging in den letzten Tagen wieder eine Notiz, wonach die Banbhütte Berlin für die Feier ihres zehnjährigen Bestehens in der Berliner Scala 100 000 M ausgegeben haben soll. Auch der „Ethische Malerbund“ brachte in seiner Nummer 9 die Notiz.

Schon in Nummer 8 des „Maler“ haben wir diese Lügennotiz richtiggestellt. Wahr ist folgendes:

Die Banbhütte Berlin feierte ihr zehnjähriges Bestehen auf gemeinsamen Beschluß der Geschäftsleitung, des Delegiertenausschusses, des Betriebsvorstandes und des Aufsichtsrates mit sämtlichen Betriebsangehörigen und deren erwachsenen Familienmitgliedern. Da für die Feier weder die Volkshöhne, noch das Große Schauspielhaus, noch ein anderer Saal für 2000 bis 2500 Besucher zu bekommen war, wurde der große Saal der Scala genommen und die Feier am Sonntag, dem 15. Dezember 1929, in der Zeit von 11 bis 13 30 Uhr in Form einer Matinee abgehalten.

Als Miete für den Saal einschließlich Garderobe und Heizung hatte die Banbhütte 1650 M für den Sängerkor, die mitwirkenden Künstler, die Musik sowie für sonstige Unkosten die Summe von 2500 M zu zahlen, so daß die gesamten Unkosten für die Feier sich auf 4200 M beliefen.

Außer diesen Unkosten hatte die Banbhütte Berlin schon vor der Feier 10 000 M der Wohlfahrtskasse des Betriebes, die von dem Betriebsrat verwaltet wird, zur Unterstützung erkrankter und in Not geratener Betriebsangehörigen überwiesen.

So liegen die tatsächlichen Verhältnisse, und wenn der „Reichspressedienst“ des deutschen Hausbesitzes jetzt erneut die alte Lüge verbreitet, so wird es angebracht sein, ihm Gelegenheit zu geben, seine unwahren Behauptungen zu beweisen. Gegen eine unaufrichtige Pressehege gibt es kein anderes Mittel.

Gewerkschaftliches

Verlängerung der Arbeitszeit — Herabsetzung der Löhne.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß angelehnt der hohen Arbeitslosigkeit immer wieder Leute auftreten, die eine Verlängerung der Arbeitszeit verlangen. Der

frühere demokratische Reichsminister Gothein vertritt in den „Mitteilungen der Gesellschaft für deutsche Wirtschaft und Sozialpolitik“ einen Artikel, in dem er für eine Ermäßigung der Löhne und Erhöhung der Arbeitszeit eintritt. Nur dadurch könnte eine Besserung der Wirtschaftsverhältnisse erzielt werden. Wir brauchen auf den Artikel von Gothein nicht näher einzugehen. Er bewegt sich in den bereits ziemlich ausgefahrenen Gleisen üblicher Scharfmacherei. Wir wollen nur noch hinzufügen, daß Gothein allen Ernstes glaubt oder wenigstens glaubend zu machen versucht, daß durch die Ermäßigung der Lohnhöhe und Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit beseitigt werden könnte. Es ist natürlich, daß Blätter vom Schlage der Bergwerkszeitung die Vorschläge Gotheins begierig aufgreifen, um sie als die neueste Heilsbotschaft hinzustellen. Es ist eigentlich zum Lachen, solche Forderungen immer wieder aufgetischt zu sehen. Wenn es sich nicht um die Interessen des gesamten werktätigen Volkes handelte und die Wsicht nicht deutlich zu erkennen wäre, würde man einmal darin einwilligen können, die Probe aufs Exempel zu machen. Aber es ist ja zu deutlich, was mit solchen Vorschlägen beabsichtigt ist. Weil man weiß, daß nach dieser schweren Wirtschaftskrise auch einmal wieder eine andere Zeit kommt, wo die Arbeiter beziehungsweise die Gewerkschaften stärkere Machtmittel in Anwendung bringen können, deshalb will man, solange es noch Zeit ist, den Kurswechsel derart scharf vornehmen, daß an eine Revivierung nicht mehr zu denken ist. Es ist unnötig zu sagen, daß solchen Scharfmachermethoden schärfster Widerstand entgegengesetzt werden muß.

Der Stillstand der Löhne.

Gegenwärtig steht mehr denn je das Lohnproblem im Mittelpunkt der Betrachtungen. Die Unternehmer rennen mit aller Wucht gegen die festgelegten Tariflöhne an. Man hat sich zum Ziel gesetzt, die Löhne zu ermäßigen oder, falls das nicht gelingen sollte, einen mehrjährigen Lohnfrieden einzutreten zu lassen. Hierzu sollen die Gewerkschaften ihre Zustimmung geben. Wie geringfügig die Löhne gestiegen sind, zeigt eine Untersuchung des Statistischen Reichsamts, die in „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 9 veröffentlicht wird. Im Vergleich mit den Vorjahren sind die Lohnveränderungen im Laufe der ersten Vierteljahre von Jahr zu Jahr geringer geworden, wie nachstehende Zusammenstellung zeigt:

Durchschnittliche Erhöhung der tarifmäßigen Stundenlöhne	Facharbeiter	Hilfsarbeiter
1. Januar bis 1. April 1927	um 2,8 %	um 2,8 %
1928	„ 2,0 %	„ 2,5 %
1929	„ 0,5 %	„ 0,5 %
1930	„ 0,03 %	„ 0,04 %

Zugrunde gelegt sind die tarifmäßigen Stunden- und Wochenlöhne im gewogenen Durchschnitt für die Hauptstämme der regelmäßig erfassten 12 Gewerbe: Bergbau, Metallindustrie, chemische Industrie, Baugewerbe, Holzgewerbe, papiererzeugende Industrie, Buchdruckgewerbe, Textilindustrie, Braugewerbe, Säch-, Back- und Leinwandindustrie, Kattun- und Baumwollindustrie und die Reichsbahn. Die Ergebnisse der ersten Vierteljahre zeigen, daß die Gewerkschaften sich weitgehender Zurückhaltung befleißigt haben, wenn die Wirtschaftslage schlecht war. Darüber hinaus aber einen mehrjährigen Lohnfrieden oder gar eine Lohnherabsetzung ins Auge fassen, muß rundweg abgelehnt werden. Im Gegenteil erfordert die geringe Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes eine Aufbesserung der Löhne, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Genossenschaftliches

Der 40. ordentliche Berufsgenossenschaftstag findet am 2. und 3. Juni dieses Jahres in Dresden im kleinen Festsaal des Deutschen Hygiene-Museums statt. Das Programm weist unter anderem folgende Vorträge auf: Landrat Dr. Stahl, Münster: „Die Rechtsnatur der Unfallversicherung“; Dr. Roewer, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften: „Die Eigenversicherung der Gemeinden der Reichsunfallversicherung“; Gewerbeassessor a. D. Michels, Leiter der Zentralstelle für Unfallverhütung beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften: „Änderungen der Normal-Unfallverhütungsvorschriften“.

Ein Kampfprogramm gegen die Konsumgenossenschaften.

Die drei Spitzenverbände der Bäcker, Fleischer und Konditoren veröffentlichten am 5. März dieses Jahres in der „Allgemeinen Deutschen Bäcker- und Konditoren-Zeitung“ unter der Überschrift: „Das Handwerk fordert Gerechtigkeit“ einen Aufruf, der in zehn Punkten ein Programm zur gesetzgeberischen Bekämpfung der Konsumgenossenschaften umfaßt, wie es schlimmer von den rabiatesten deutschnationalen Mittelständlern nicht ausgedacht werden kann. Da wird unter anderem verlangt, daß Gemeinden usw. gesetzlich unterjocht werden soll, Mitglieder von Konsumgenossenschaften zu werden, oder Waren von ihnen zu beziehen; sie sollen nicht nur mit der Körperschafts-, sondern auch mit einer Warenhaus- und einer Filialsteuer neben der bereits bestehenden Gewerbe- und Umsatzsteuer beaufschlagt werden, was im Endeffekt bedeuten würde, daß die Konsumvereinsmitglieder von ihrer mühsam ersparten Rückvergütung mindestens die Hälfte den Finanzämtern abliefern müßten; sie sollen ihre Eigenproduktion verlieren, wenn wie im Falle des Zündholzmonopolgesetzes, das Reich Privatmonopole einführt; sie sollen ihre selbst erzeugten Waren, entgegen der Bestimmung des Genossenschaftsgesetzes, nur noch an Mitglieder verkaufen dürfen; sie sollen in ihrem Geschäftsbetrieb von Agenten des Mittelstandes bespitzelt werden dürfen, um sie zur Anzeige bei den Finanzämtern zu bringen, wenn sie ihre Waren an Nichtmitglieder verkaufen; sie sollen keine Körperschaften des öffentlichen Rechtes bilden dürfen, obwohl für die übrigen Wirtschaftskreise Handels-, Handwerker- und Landwirtschaftskammern bestehen, wobei die Konsumvereine zu den Handelskammern zwar Beiträge bezahlen dürfen,

aber niemals Ehre und Stimme erhalten können, um ihre Interessen zu vertreten.

Es ist das Erbteil des offiziellen Kampfprogramms, was hier kurz skizziert ist, aber es würde bei seiner Durchführung genügen, um die weitere Entwicklung und schließlich die Erstkaaz der Konsumgenossenschaften unmöglich zu machen. Das stärkste Mittel in dem mittelständlichen Kampfprogramm besteht selbstverständlich in den Steuerforderungen zur Unterstützung der Konsumgenossenschaften und nur ein letzter Rest von Scham scheint die Schreier nach der „Gerechtigkeit“, die sie meinen, verbindet zu haben, sich die Forderung eines schwäbischen Fabrikanten in Mengen a. D. zu eigen zu machen, der zur Förderung der ortsnahen Betriebe... die Besteuerung der Konsumvereine für notwendig hielt. Das heißt mit dürren Worten, daß eben die von den Konsumgenossenschaften entrichteten Steuern statt an das Finanzamt direkt an vorliebende Fabrikanten, Handwerker und Händler abgeliefert werden müßten. So wäre eigentlich erst die richtige „Gerechtigkeit“.

Die Gefahren dieses Kampfprogramms sind ernst zu nehmen. Denn hinter ihnen stehen nicht nur die eingangs erwähnten Spitzenverbände, sondern auch die Spitzenverbände der Industrie, des Groß- und Einzelhandels, die durch parlamentarische Vertreter und ihre auch nicht parlamentarischen Syndikate Reichs- und Länderregierungen zu „fruchtbarer“ gesetzgeberischer Tätigkeit in Richtung der aufgestellten Forderungen veranlassen werden. Und daß Gefahr im Verzuge ist, zeigt das neueste Finanzkompromiß der Reichsregierung, das auf Antrag der Wirtschaftspartei eine Sonderumsatzsteuer von 0,5 % auf alle Warenumsätze über eine Million Mark vorseht, die „namentlich Warenhäuser und Konsumvereine“ treffen wird. Damit werden die Konsumgenossenschaften gegenüber der privatwirtschaftlichen Konkurrenz außerordentlich stark belastet, und zwar nicht nur durch den nahezu verdoppelten Betrag der Umsatzsteuer, sondern auch durch den Umstand, daß die Warenumsätze der Konsumgenossenschaften bis auf die letzte Mark erfasst werden, während die Händler mangels einer regelrechten Buchführung sich auch noch von der weit niedrigeren Steuer zum größten Teil drücken können.

Demgegenüber müssen sich die genossenschaftlich organisierten Verbraucher mit aller Energie zur Wehr setzen. Vor allem auch die Gewerkschaften. Und sollte es denn so unmöglich sein, die vier Millionen Konsumvereinsfamilien, die mit ihren mündigen Angehörigen mindestens acht Millionen Reichstagswähler stellen, politisch für ihre Wirtschaftsinteressen mobil zu machen, wie es die Wirtschaftspartei der Händler und Handwerker tut?

Der bei den letzten Reichstagskämpfen gegen die Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine vom Zentrum abgeordneten Schack, dem Führer des christlichen Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, prägte Sätze:

„Jede Partei, die für die Steuer gegen die Konsumvereinsmitglieder verantwortlich ist, wird bei den nächsten Wahlen die Quittung bekommen!“

muß zum Aufklärungsprogramm für die Wahlen gemacht werden. Dies wäre die eine Seite der notwendigen Abwehr gegen die schamlose „Gerechtigkeit“ der Konsumvereinsgegner. Die andere besteht letzten Endes darin, daß die Konsumgenossenschaften notfalls ihre Rechtsform ändern, um an Jedermann verkaufen zu können, um dadurch das schreiende Unrecht wieder auszugleichen, das die famose „Gerechtigkeit“ wildgewordener Mittelständler ihnen zugebracht hat.

Im Uebrigen ist es gut, nünmehr zusammengefaßt das offizielle Kampfprogramm aller Konsumvereinsgegner zu kennen; es wird die Basis der parlamentarischen Kämpfe um die konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsform bilden, und es wird und muß dazu führen, Arbeiter, Beamte, Handwerker und Landwirte zu solidarischem, politischem und wirtschaftlichem Handeln gegen eine so frivole Wagnerschaft und ihre unmoralische „Gerechtigkeit“ zu veranlassen.

Ein neues Verwaltungsgebäude der Volksfürsorge.

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg, sah sich infolge ihres außerordentlichen Wachstums vor die Notwendigkeit gestellt, ein neues Geschäftsgebäude zu errichten.



Wir bringen oben ein Bild des Hauses, wie es nach Fertigstellung aussehen wird. In zwei Bauabschnitten wird gearbeitet. Der erste — auf dem Bilde rechts — steht jetzt vollendet da und hat die Abteilungen der Zentrale provisorisch aufgenommen. Einfachheit und Sachlichkeit werden bei dem Gebäude vorherrschend, den Zwecken entsprechend, für die es bestimmt ist. Die äußere Form ergab sich auf Grund der Lage des Grundstückes an der Außenalster in Hamburg aus städtebaulichen Gründen. In einer Front von 63 Meter und einer Tiefe von 18 Meter bei 6 Stockwerken wird es sich erheben.

Sozialpolitisches

Veruch der Regierung zur Behebung der Wirtschaft.

Die Reichsregierung hat unter Beteiligung des Reichsbankpräsidenten Dr. Lohse zur wirtschaftspolitischen Lage Stellung genommen. Nach der offiziellen Verlautbarung ist sich das Reichskabinett darüber einig gewesen, daß alle Mittel barangefordert werden müssen zur Behebung der Arbeitslosigkeit die Wirtschaft nach Kräften zu beleben. Zu diesem Zwecke sollen Verhandlungen mit der Reichsbahn- und der Reichspostverwaltung eingeleitet werden, mit dem Ziele, möglichst umfangreiche Lieferungsanträge baldmöglichst anzuführen zu lassen. Auch der Wohnungsbau, insbesondere, soweit es sich um Kleinwohnungen handelt, soll durch besondere Maßnahmen gefördert werden. Bereits im Gang befindliche Verhandlungen über kommunale Umschuldung sollen beschleunigt zu Ende geführt werden. Zur Förderung der Bauwirtschaft und Linderung der Arbeitslosigkeit wird die Frage der Inangriffnahme und des Ausbaues großer Straßenbauten geprüft werden. Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, im Rahmen der Haushaltsmittel alle Lieferungsanträge unverzüglich in Gang zu setzen. Die Durchführung dieses Gesamtprogramms zur Umkehrung der Wirtschaft soll ohne Inanspruchnahme neuer Haushaltsmittel erfolgen.

Soweit die Beschäfte, die das Reichskabinett gefaßt hat, es wird aber auch höchste Zeit, daß man zu durchgreifenden Maßnahmen gelangt. Die Wirtschaftskrise ist der Nation, auf dem die derzeitige Regierung steht. Zweierlei ist möglich: entweder die Regierung vermag die Wirtschaft anzukurbeln oder sie muß abtreten und andere Personen diese Arbeit überlassen. Es sind zur Zeit günstige Voraussetzungen für eine Wirtschaftsbelebung vorhanden. Die nächsten Wochen werden Anlässe darüber bringen, inwieweit hier eine schöpferische Initiative zur Behebung der Wirtschaft beizutragen vermag. Wenn wir auch keine allzu großen Hoffnungen haben, aber die Arbeiterschaft muß verlangen, daß kein Mittel unversucht gelassen wird, damit das namenlose Elend, das über Millionen Volksgenossen hereingebrochen ist, gemildert wird.

Kinder, die im Arbeitsamt heranwachsen.

Auf die erschreckliche Tatsache, daß in den großstädtischen Arbeitsämtern nicht nur Männer und Frauen in großer Zahl sich täglich einfänden, sondern auch Kinder in dem verschiedensten Lebensalter, macht Annemarie Dering in der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 350 aufmerksam. Die Verfasserin schreibt unter anderem:

Man sehe sich den alltäglichen Korso von Kinderwagen vor den Pforten großstädtischer Arbeitsämter an. Die Kinderwagen sind alle leer. Denn die Mütter gehen es vor, ihre Sprößlinge stundenlang mitzunehmen in überfüllte, staubige und bazillenvergiftete Räume, statt sie der Gefahr auszusetzen, aus dem Wagen zu fallen. Die Anzahl der Kinder, deren Mütter seit Jahren Stempeln gehen, die gewissermaßen auf Arbeitsämtern groß werden, ist erschütternd und der Beachtung vom Standpunkt der Gesundheitsfürsorge durchaus wert. Kinder im Arbeitsamt! Sie bleiben sich selbst überlassen, während ihre Mütter in Reih und Glied der Abfertigung harren. Sie spielen Ball oder bewachen die Wände, drehen die Heizung auf und zu, quetschen sich die Finger, bekommen die Klinken aufgehender Türen an den Kopf, sie schreien und lärmen, sie werden geschlagen von zeternden, nervösen Müttern und schreien noch mehr. ... Beobachtern wertlos sind noch die Säuglinge, die dazu verdammt sind, zwischen Kontrollkarten auf der langen Wartezeitbank „mitzurutschen“, die Mutter dran ist. Und so mancher gelangweilte Säugling steckt im unwachenden Augenblick irgendeine Kontrollkarte in den Mund, die meistens infolge vielwöchigen Gebrauchs vor Schmutz starrt.

Die Verfasserin des aufsehenerregenden Artikels schlägt Kindererhaltungsräume bei größeren Arbeitsnachweifen vor. Diese Forderung möchten wir dringend unterstützen und unsere Freunde bitten, überall dafür einzutreten, daß solche Kindererhaltungsräume geschaffen werden. Der gegenwärtige Gesellschaftszustand wird aber deutlich dadurch gekennzeichnet, daß solche Forderungen überhaupt erhoben werden müssen. Alle die Personen, die über Sozialgesetze zu entscheiden haben, müßten einmal dazu verurteilt werden, selbst einmal wochen- und monatelang die Arbeitsämter zu besuchen und ihre Kinder wochenlang auf Arbeitsämtern herumzuschleppen.

Die Entwicklung des Verbrauchs.

Seit 1924 hat der Verbrauch an Massenverbrauchs- güttern eine starke Zunahme erfahren. Dies ist insofern erklärlich, weil das deutsche Volk nach der Währungs- stabilisierung einen außerordentlich tiefen Lebensstandard zu verzeichnen hatte. Die Zunahme des Verbrauchs, die aber seitdem zu beobachten war, hat unter dem Drucke der Wirtschaftskrise eine starke Verlangsamung erfahren. Der Verbrauch an Nahrungs- und Genussmitteln wird von den Einkommensschwankungen weniger betroffen, stärker dagegen der Absatz in Bekleidung und Dingen des Kultur- und Luxusbedarfs. Nach den Untersuchungen des Konjunkturinstituts geht der Fleischverbrauch seit Mitte 1928 zurück. Der Fischverbrauch steigt. Ueberhaupt wird die Beobachtung gemacht, daß bei guter Konjunktur der Fleischverbrauch steigt und bei schlechter Konjunktur der Fall ist. Von den Konjunkturschwankungen weniger betroffen wird der Bier- und Zuckerverbrauch. Auch der Verbrauch an Kaffee und Tee ist nur wenigen Schwankungen unterworfen, während der Kakaoverbrauch ziemlich konjunkturrempfindlich ist. Der Absatz von Bier ist seit 1924 von Jahr zu Jahr gestiegen. Im Jahre 1929 wurden 86,6, 1928 85,5 und 1927 89,7 Millionen Hektoliter Bier abgesetzt. Der Verbrauch von Zigaretten und Zigarren ist seit 1925 verhältnismäßig wenig gestiegen. Von 1925 bis 1929 wurden der Reihe nach folgende Zigarettenmengen in Deutschland verbraucht (Milliarden Stück): 31,4, 28,8, 31, 32,7 und 33,8. Der Verbrauch an Rauchtabak steigt in Zeiten schlechter Konjunktur, dies wohl deshalb, weil dann ein Teil der Konsumenten von der Zigarette und von der Zigarre zum Rauchtabak übergeht.

Die Gewinnung neuer Kämpfer bedeutet Verbesserung unserer Lohn- sowie Arbeitsbedingungen!

Der Branntweinverbrauch entwickelte sich von 1927 bis 1929 folgendermaßen (in 1000 Hektoliter): 844, 826, 881. Wenn man den Genussmittelverbrauch einer Betrachtung unterzieht, so darf man nicht daran vorbeigehen, daß die Zusammensetzung der Bevölkerung sich von Grund auf geändert hat. Die Zahl der Erwachsenen, die als Hauptkonsumenten für Genussmittel angesprochen werden können, ist in den letzten 5 Jahren wesentlich gestiegen. Demgemäß kann gefolgert werden, daß der Verbrauch an Fleisch, Kaffee, Tee, Bier, Zigaretten, Tabak und Branntwein nicht gestiegen, sondern wesentlich gesunken ist. Die Absatzschwankungen in Bekleidung spiegeln am deutlichsten die konjunkturellen Schwankungen der Kaufkraft wider. Der Absatz in der Herren- und Knabenkonfektion ist im Vorjahre gesunken. Einen stärkeren Rückgang hatte die Damen- und Mädchenkonfektion zu verzeichnen. Hierin kommt der Niedergang der Konjunktur sehr deutlich zum Ausdruck.

Wirtschaftskrise und Konsumgenossenschaften.

Die Konsumgenossenschaften leiden unter der Wirtschaftskrise und der hohen Arbeitslosigkeit ganz besonders. So zeigt zum Beispiel der Aprilbericht des Konsumvereins Vorwärts, Dresden, daß der Umsatz gegenüber April 1929 um 140 000 M. oder 3,8 % zurückgegangen ist. Der Konsumverein Vorwärts zählt zu den bestfundiertesten Konsumgenossenschaften des Reichs. Der Umsatzzugang wurde durch die hohe Arbeitslosigkeit in Sachsen hervorgerufen.

Arbeiterversicherung

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung

legt ihren Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1929 vor. Auf 93 Seiten kann man nachlesen, wie dieses jüngste Kind der Sozialversicherung den Schwierigkeiten gerecht zu werden versuchte. Es wird ausführlich dargestellt, wie die ungünstige Gestaltung des Arbeitsmarktes zustande kam und welche Auswirkungen sie hatte. Im Jahresdurchschnitt waren 1,9 Millionen Arbeitsuchende und 1 275 000 Hauptunterstützungsempfänger vorhanden. Neben den Einflüssen der Witterung der Saison- schwankungen und des Konjunkturrückganges tragen strukturelle Veränderungen der Bevölkerung wesentlich zu diesem Gesamtbild bei. Zunahme der Gesamtbevölkerung (nahezu 4 Millionen Köpfe), veränderter Altersaufbau (7 Millionen Menschen mehr im erwerbsfähigen Alter), Umordnung der sozialen Schichtung (Zuwachs der Arbeitnehmerszahl in vier Jahren um 2,8 fast um 1 Million) und insbesondere scharfer Andrang von Frauen zum Arbeitsmarkt. Eine entsprechende Erhöhung im Angebot von Arbeitsplätzen steht dem nicht gegenüber. Immerhin gelang es, die Zahl der erledigten Vermittlungen von 6 208 000 im Vorjahr auf 6 258 000 zu steigern. Die werkschaffende Arbeitslosenversicherung ist unter den Schwierigkeiten der finanziellen Lage. Immerhin konnte sie insgesamt um 14 272 000 abgesetzte Tagewerke in der Zeit vom 1. Oktober 1928 bis 30. September 1929 verbuchen. Die Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt haben sich folgendermaßen entwickelt: während die eigenen Gesamteinnahmen 890,2 Millionen Mark betragen, beliefen sich die Ausgaben auf 1 267 000 Mark, von denen 1092 Millionen Mark auf den Unterhaltungsaufwand, 40 Millionen Mark auf Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit und 28 Millionen Mark auf den Aufwand der Reichsanstalt für die berufliche Sonderfürsorge entfallen. Die Kosten der Arbeitsämter, Landesarbeitsämter und der Hauptstelle beliefen sich auf 108 Millionen Mark, das heißt 6,85 % der gesamten Ausgaben. In letzterer Summe sind 43 Millionen Mark enthalten, die auf die Kosten der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung entfallen.

Anlässlich einer Zusammenkunft machte der Präsident der Reichsanstalt, Dr. Spruy, bemerkenswerte Mitteilungen über die Möglichkeiten und Grenzen einer Reform der Arbeitslosenunterstützung. Aus den Beitrags- einkünften, die beim jetzigen Satz von 3 1/2 % auf 1015 Millionen Mark zu schätzen sind, kann die Reichsanstalt im Jahresdurchschnitt etwa 990 000 Hauptunterstützungsempfänger versorgen. Ueber weitere 200 Millionen Mark kann die Reichsanstalt nach dem Gesetz vom 28. April 1930 mit Sicherheit verfügen, und zwar über 150 Millionen Mark Reichszuschüsse und 50 Millionen Mark aus der Industrieumlage, während der weitere mögliche Zuschuß von 80 Millionen Mark aus dem Lohnsteuerzuschuss als unsicher zu betrachten ist. Ingesamt würden die genannten Mittel die Versorgung von 1 170 000 Hauptunterstützungsempfänger im Jahresdurchschnitt sichern, also nahezu die Zahl, die bei den Haushaltsberatungen zugrunde gelegt wurden. Es liegt allerdings sehr nahe, daß diese Grenze einer Durchschnittszahl von 1,2 Millionen Hauptunterstützungsempfängern im laufenden Jahre weit überschritten wird. Beschäftigen sich diese Verhältnisse, was sicher anzunehmen ist, so müßte die Vergrößerung der Reichsanstalt beim Reich wesentlich wachsen. Wenn das Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform vom 28. April 1930 dem Vorstand der Reichsanstalt die Aufgabe zuweist, im Verwaltungsweg die erforderlichen Maßnahmen zum Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu treffen, so muß betont werden, daß diese Pflicht im Laufe des letzten Jahres bis an die Grenze des Möglichen erfüllt wurde. Weitere organisatorische Erparnisse sind nur in längerem Zeitraum

und in einer Größenordnung möglich, die zu den drohenden Fehlbeträgen in keinem Verhältnis steht. Der reine Unterhaltungsaufwand belief sich nach Erhebungen Ende 1929 im Durchschnitt für den Monat auf den Kopf des Hauptunterstützungsempfängers auf 80,86 M., der Gesamtaufwand auf 91,16 M. Die Novelle vom 12. Oktober 1929 wird die reinen Unterhaltungsausgaben von 80,86 M. auf 76,04 M. je Kopf und Monat senken, das heißt auf etwas mehr als 1000 M. je Kopf jährlich, vorbehaltlich von Schwankungen infolge Veränderungen der Lohnverhältnisse.

Interessant war eine Mitteilung, welcher Beitragsfuß von den einzelnen Landesarbeitsämtern aufzubringen gewesen wäre, um die Ausgaben zu decken. Hier ergibt sich folgende Reihe: Westfalen 3,3 %, Süddeutschland 3,4 %, Brandenburg 4,2 %, Niedersachsen 4,6 %, Sachsen 4,7 %, Nordwestdeutschland 4,7 %, Mitteldeutschland 5,2 %, Hessen 5,4 %, Bayern 5,7 %, Pommern 7,4 % und Ostpreußen 8,8 %. Den höchsten Zuschuß erfordern also die rein agrarischen Provinzen. Die technische Rationalisierung hat den Arbeitsmarkt nicht unwesentlich beeinflusst. Diese wird nunmehr zu einem ersten Abschluß gelangt sein. Die Zusammenschlüsse der Unternehmungen und Betriebe hat ebenfalls sehr wesentlich auf den Arbeitsmarkt eingewirkt. Die Mittel- und Kleinbetriebe werden, wie von den Landesarbeitsämtern festgestellt wurde, massenhaft zusammengelegt. Die Reichsanstalt ist der Puffer der Rationalisierung. Präsident Spruy legte zum Schluß dar, daß angesichts dieser Verhältnisse die Allgemeinheit zu den Kosten der Arbeitslosenversicherung beitragen müsse. Die Hilfe der Allgemeinheit müsse der Arbeitslosenversicherung namentlich in Krisenzeiten zur Verfügung stehen.

Die Arbeitslosenversicherung wird noch auf Monate hinaus im Mittelpunkt der Beratungen stehen. Die Reichsanstalt hat bisher, so gut und so schlecht es ging, die Verhältnisse zu meistern versucht. Ob sie das auch in der Zukunft kann, steht dahin. Der Bundesausschuss des A. D. G. B. hat deshalb auf seiner letzten Sitzung Vorschläge gemacht, wie die Schwierigkeiten beseitigt werden können.

Milch als Heilmittel.

rd. Einem Arbeiter, der eine Versorgungsrente bezieht, war wegen eines Darmleidens von dem behandelnden Kassennarzt längere Zeit hindurch Milch verordnet worden. Der Arbeiter hatte die einzelnen ärztlichen Verordnungen jedesmal der Krankenkasse vorgelegt und daraufhin die jeweils verordnete Milchmenge erhalten. Später schrieb die Krankenkasse dem Versorgungsberechtigten, die ihm gelieferte Milch könne nicht als Heilmittel gelten, und infolgedessen werde der für ihre Beschaffung gezahlte Betrag von über 80 M. von dem Versorgungskrankengeld, das er erhalte, laufend abgezogen werden. Der Arbeiter beantragte darauf beim Versicherungsamt die Feststellung, daß ihm die Milch zu Recht geliefert worden sei, und daß infolgedessen die Abzüge von seinem Krankengeld unberechtigt seien.

Das Versicherungsamt wie Oberversicherungsamt und Reichsversicherungsamt haben zugunsten des Arbeiters entschieden, indem sie sich dahin aussprachen, im vorliegenden Fall sei die Milch als Heilmittel verordnet worden, und demzufolge sei die Kasse mit Recht für die dafür aufgewandten Beiträge in Anspruch genommen worden. Die Milch, so wird in den Entscheidungsgründen ausgeführt, war nach dem Gutachten des vernommenen ärztlichen Sachverständigen zur Heilung beziehungsweise Linderung des Leidens des Arbeiters dienlich. Dadurch, daß die Milch gleichzeitig Gegenstand des Lebensbedarfs ist, wird ihre Natur als Heilmittel nicht ausgeschlossen. Zu Unrecht behauptet die Krankenkasse, der Arbeiter sei durch die Lieferung der Milch ungerechtfertigt bereichert worden, da die Milch nur das für ihn seinem Gesundheitszustand nach geeignete Nahrungsmittel dargestellt habe, als Heilmittel für sein Leiden aber nicht in Betracht gekommen sei. — Das mag vielleicht objektiv richtig sein; aber es ist doch zu bedenken, daß in den Verordnungen des Arztes ausdrücklich vermerkt ist, daß die Milch „als Heilmittel bei Darmleiden“ dienen soll. Die Verordnungen des Kassennarztes muß aber eine Krankenkasse in ihrem Verhältnis zum Versicherten, dem ihre sachliche Nachprüfung nicht möglich ist, gegen sich gelten lassen. (Reichsversicherungsamt, 26. Februar 1930. — IJa. R. 199. 29.)

Gewerbe- und soziale Hygiene

Verhütung von Berufskrankheiten — Leibesübungen!

Das Arbeiten mit Bleifarben setzt nicht voraus, immer gleich bleifarben zu werden. Der eine kann nur kurze Zeit mit Bleifarben arbeiten und sieht dabei scheinbar gesund aus; doch kann dieser vielleicht eher bleifarben werden als ein anderer, der schon viel länger bei derselben Arbeit beschäftigt ist, dabei im Neuzern alles andere als gesund aus- sieht. Die Naturen sind eben verschieden, und gerade schmächtig aussehende Personen widerstehen dem Krankheits- reich in der Regel bedeutend besser. Sauberkeit ist auch hier die erste Pflicht und braucht wohl nicht weiter betont zu werden. Doch muß überall auf den Arbeitsstellen darauf geachtet werden, daß Seife, frisches Wasser, Hand- luch und vor allen Dingen die notwendigen Nagelbürste, vor- handen sind. Auch die Handtücher müssen öfter gewechselt werden.

Bei Anstrichen von Brücken und andern Bau- lichen, die beim Abstreifen und Reinigen viel Staub auf- wirbeln, kann sich wohl kein Mensch dem Einatmen des schädlichen Staubes ganz entziehen. Er setzt sich in Mund und Nase fest. Ein widerlich süßer Geschmack macht sich bemerkbar und hält auch noch in den Freistunden nach Feierabend an. Es empfiehlt sich, bei derartigen Arbeiten durch die Nase zu atmen und die verbrauchte Luft durch den Mund auszuatmen. Sonst ist der Mund immer ge- schlossen zu halten. Mundspülen und Gurgeln bedingt zwar kein ähnliches Wegbringen des ablen Geschmacks, ist aber ein Mittel, das immer angewendet werden muß. Zähne- putzen gehört ebenfalls dazu. Nach dieser schmutzigen Ar- beiten müßte heute jedem Kollegen ein tägliches Vollbad

zur Verfügung stehen. Es kommt jedoch sehr selten vor, daß bei solchen Arbeitsstellen eine Badegelegenheit in der Nähe ist. Diese wird dann ohne weiteres in „Wesly genommen“. Doch mir ist es einmal passiert, daß in einem Betrieb mit schmutziger Arbeit, wo diverse Brausebäder zur Verfügung standen und alle beteiligten Kollegen sich nach Herzenslust abbrausten, denn das Baden war in die Arbeitszeit miteinbegriffen, einige Kollegen, die gerade die schmutzigste Arbeit verrichteten, sich von der Ganzwäscher ausschlossen. Einer von diesen machte es sich besonders „bequem“, die Handmanschetten wurden etwas hochgehoben und dann begann die „Reinigung“ der Hände und des Gesichts, wozu er einen Lappen benutzte, damit das Oberhemd nicht naß wurde. Die Wäsche war von dem feinen Arbeitsstaub, trotz Kittel und Hose, ebenfalls durchdrungen. Eines Tages ging es aber nicht anders, jener Kollege mußte sich mal die Handmanschetten etwas höher auf die Arme hinaufschieben, um die Farbe zu entfernen, die beim Umkippen eines Farbenkessels auch die Arme des betreffenden Kollegen beschmutzte. Hierbei stellte sich heraus, daß beide Arme mit der Malerkrähe befaßt waren. Diese war sicherlich nur auf die Unsauberkeit des Kollegen zurückzuführen. Die Reinhaltung des Körpers verhindert in großem Maße das Auftreten von Krankheiten und kann deshalb nicht genug empfohlen werden.

Die Verhütung von Krankheiten kann auch erreicht werden, indem man durch Leibesübungen den Körper des Menschen stärkt. Ein sportlich durchgebildeter Kollege wird auch selten in die Gefährzone der Berufskrankheiten kommen. Denn ein an gesunde Luft gewöhnter und abgehärteter Organismus überwindet Krankheitskeime bedeutend besser als Menschen, die nicht durch irgendwelche Bewegungstätigkeit im Freien abgehärtet sind. Es ist nicht mein Wille, vielleicht jeden Kollegen dazu anzuhelfen, um jenen „Sport“ zu betreiben, der durch seine Ausartung zur Rekordsucht nicht im Rahmen der Volksgesundheit liegt. Unsere sportliche Betätigung soll uns nach des Tages Last und Mühe helfen, die abgearbeiteten und angespannten Muskeln und Nerven wieder aufzufrischen. Es ist auch nicht unbedingt notwendig, von jedem zu verlangen, ein guter Läufer, Schwimmer, Turner usw. zu werden. Gerade ältere Kollegen werden hierbei nicht immer mitmachen wollen. Wanderungen in der gesunden frischen Luft, etwas Gymnastik in leichter Form stellt sich dann schließlich ein, und auch die ganz unentwegt „Aelteren“ haben eine Beteiligungsmöglichkeit. Durch Tiefatmung, die die Ausübung der einzelnen Sportarten hervorruft, werden die Lungenspitzen bis in die äußersten Ecken mit reiner Luft gefüllt und belebt. Die Blutzirkulation wird mit angeregt und pulsiert mit frischer Kraft.

Vom Ausland

Schweiz. Eine Deutsche Malergehilfenvereinigung Zürich hat sich im Einverständnis mit der Schweizer Zentralorganisation, dem Bau- und Holzarbeiterverband der Schweiz, dem unser Beruf als Sektion angeschlossen ist, in Zürich gebildet. Verkehrslokal ist das Hotel Stüssihof, Stüssihofstrasse, wo das Organ unseres Deutschen Verbandes, „Der Maler“, ausliegt, und wo in besonderer Sprechstunde, täglich von 19 bis 21 Uhr, ansässigen oder zugereisten Kollegen Auskunft in beruflichen, sozialen oder Rechtsfragen kostenlos erteilt wird. Den organisierten deutschen Kollegen in der Schweiz ist zu empfehlen, sich in allen Fällen von Beschwerden gegen Unternehmer oder Behörden vertrauensvoll an die Vereinigung Deutscher Malergehilfen in Zürich zu wenden.

Verchiedenes

Wandern und Reisen.

Wieder ist die Zeit der Ferien, die Zeit des Wanderns gekommen. Der größte Teil unserer Arbeitsbrüder und -schwester weiß noch nicht, wie die Ferien günstig ausgenutzt werden können. Viele sind bei den kargen Einkommensverhältnissen nicht in der Lage, größere Reisen zu unternehmen. Ganz abgesehen davon, daß in den Hotels und Gasthäusern ein Unterkommen durch unsere Klassen-genossen wegen zu schmalen Geldbuckels nicht gesucht werden kann. Und doch brauchen die Ferien nicht daheim zwischen den vier Wänden verbracht werden, sondern draußen in den Bergen und Wäldern. Ob im Hoch- oder im Mittelgebirge oder im Flachland, überall findet der Mensch je nach seinem seelischen Empfinden Befriedigung. Für die Gewerkschaftskollegen hat der Touristenverein „Die Naturfreunde“, die internationale Arbeiter-Wanderorganisation, muster-gültige Einrichtungen für den Erholungsurlaub geschaffen. Sowohl in Wander- wie in Ferienheimen können die Menschen die Ferienzeiten nach ihrer Art ausnützen und neue Kräfte sammeln für die Kämpfe des Alltags.

Im Kreise Gleichgesinnter lassen sich mit dieser Hilfe für billiges Geld die schönsten Wander- und Ferienreisen unternehmen. Der Gesamtverband der Naturfreunde befragt heute über 100 Wander- und Ferienheime, die besonders zahlreich in Deutschland, dann aber auch in Oesterreich und in der Schweiz stehen. Die deutschen Mittelgebirge sind auch zahlreich besetzt worden, und besonders gut der Schwarzwald und Odenwald. So findet man von Darmstadt bis Heidelberg, dann aber auch von Pforzheim oder von Karlsruhe durch den Schwarzwald bis zum Bodensee in kleineren Tageswanderungen jeweils am Abend eine Bleibe in einem Naturfreundehaus. Aber auch zahlreiche Ferienheime sind in diese Wandergebiete eingestreut, in denen die Wünsche der Arbeiterschaft nach allen Seiten befriedigt werden. Die mäßigen Pensionspreise von 3,50 M. und 2 M. pro Tag ermöglichen eine günstige Ausnützung des Urlaubs. Aber auch für diejenigen Familien, die vollständig ihrer eigenen Art leben und sich selbst verpflegen wollen, ist günstige Gelegenheit geschaffen; denn in den Heimen steht darüber auch eine Selbstkocherküche zur Verfügung.

Der freie Urlaubzeit im sonnigen Odenwald, im romantischen Schwarzwald oder gar an den lieblichen Ge-

staden des Bodensees verbringen will, der wende sich wegen Auskunft und Rat an den Touristenverein „Die Naturfreunde“, Gau Baden e. V., Karlsruhe in Baden, Schützenstraße 37, wo auch unentgeltlich der reich illustrierte Heimführer durch den Schwarzwald und Odenwald erhältlich ist.

Die zahlreichen Besucher von Heidelberg werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei Neckargemünd ein schönes Ferienheim durch die Naturfreunde eingerichtet wurde, das am 25. Mai dieses Jahres eingeweiht wird. Ab Heidelberg nach Neckargemünd mit der Straßenbahn 25 Minuten. Vom Bahnhof Neckargemünd wird das Haus in 20 Minuten Fußwanderung erreicht.

Die Besucher von Konstanz finden bei Markelfingen am Untersee ein muster-gültiges Ferienheim der Naturfreunde. Das Haus ist durchweg mit kleineren Familienzimmern mit 2, 3 und 4 Betten ausgestattet. Wertvoll ist das Strandbild und die günstige Gelegenheit zu Bootfahrten auf dem herrlichen Bodensee, wobei besonders die Schönheiten des Untersees mit Reichenau, Stein am Rhein und der Halbinsel Meisau erwähnt werden soll. Auch Bootfahrten nach Schaffhausen zum berühmten Rheinfall werden regelmäßig unternommen.

Sachtechnisches

Der Kulturfilm „Die schägende Hand“

des Reichsausschusses für Sachwerterhaltung durch Anfrisch, Berlin W 50, gelangt zur Vorführung: Vom 20. bis 23. Juni im „Film-Palast“, Horrem am Rhein; vom 24. bis 26. Juni im „Zentrum-Rino“, Walter Hennings, Hamburg; vom 27. Juni bis 3. Juli im „Modernen Theater“, Barmen; vom 11. bis 14. Juli in den „Sanja-Lichtspielen“, Ibbendüren; vom 15. bis 17. Juli in den „Schauburg-Lichtspielen“, Düsseldorf-Rath; vom 25. bis 28. Juli in den „Reichsadler-Lichtspielen“, Friedrichsfeld; vom 19. bis 22. September im „Schloß-Theater“, Wicksath.

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Erteilte Patente.

Rl. 75 c. 499 205. Dose mit in sich abgeschlossenem Ober- und Unterteil zum getrennten Verpacken von Bronze-pulver und Bronzeinktur. Lothar Krakenberger, Fürth i. B., Nürnbergstraße 36.

Rl. 75 c. 499 121. Vorrichtung zum Anstreichen von Böden, Wänden und dergleichen. Niels Rosendal, Lyngby, und Karl Martin, Kock, Brande, Dänemark.

Angemeldete Patente.

Rl. 82 a. H. 113 213. Verfahren und Vorrichtung zum Trocknen von Waren, insbesondere lackierter Gegenstände. Luftheizungs- und Abgasverwertungs-Gesellschaft m. b. H., Barmen.

Rl. 75 c. M. 106 305. Schnell-Reliefmaseerei. Marie Alexandrine Major, geb. Odau. Berlin-Schöneberg.

Gebrauchsmuster.

Rl. 75 c. 1 121 004. Pinselhalter. August Mecking, Bielefeld.
Rl. 75 c. 1 120 816. Schablone zum Ausmalen und Ausprühen von Wänden. Emil Konze, Schöfmar.

Literarisches

Indien im Schmelztiegel. Von E. B. Klöbel. Mit 56 Abbildungen und einem Autogramm Gandhis. Gebettet 6 M., Ganzleinen 7 M. F. A. Brodhaus, Leipzig. — Das tausend-jährige Indien, das Land der Dichter und Philosophen, ist vom Wirbelstrom der neuen Zeit erfasst. Klöbels Buch erhebt sich über den reinen Augenblick, um uns die Erklärung zu geben für so manches indische Ereignis der letzten Zeit und für zahlreichere, wichtigere, die erwartet werden müssen. — Als Berichterstatter einer der größten deutschen Zeitungen seit fast einem Jahrzehnt vor allem Kolonialländer bereisend, hat der Verfasser es sich hier zur Aufgabe gemacht, jene Kräfte zu schildern, die heute Indien zu einem Schmelztiegel machen, in dem alte Ueberlieferung und neues Denken zur geistigen Grundlage eines modernen Indiens zusammenzuschmelzen werden. Ueber der gewaltigen Masse des indischen Volkes, den „stummen Millionen“, die heute noch in dem gleichen Zustand leben wie vor Jahrhunderten, kämpft eine dünne Schicht von Gebildeten den dreifachen Kampf um politische, kulturelle und wirtschaftliche Befreiung gegen die Kolonialmacht sowohl wie gegen die unzähligen schweren Hemmnisse, die in verfeinerten hinduistischen Ueberlieferungen insbesondere auf sozialen und religiösem Gebiet zu überwinden sind. Wir werden bekanntgemacht mit den Kreisen jener Bewegungen, die diesen Kampf organisieren: dem Nationalkongress der Arbeiter- und Jugendbewegung und deren Führer. Gandhi, dem indischen „Saur“, ist ein besonderes Kapitel gewidmet. Das vorzüglich ausgestattete, reich illustrierte Buch muß von jedem gelesen werden, der in die bedeutamen indischen Vorgänge einen Einblick gewinnen will.

„Vollgesundheit“, Monatschrift für Gesundheitspflege, Heilfunde, Lebensreform und Freilebervolkultur mit der Beilage: „Der Alleinärmer“. Herausgeber: Verband Volksgesundheit, Dresden-A. 1, Schleichbach 263. Preis im Vierteljahr 2 M., Einzelheft 80 S. Zu beziehen durch die Post, Buchhandlungen und den Verlag. Die beiden erschienenen Hefte 4 und 5 sind wieder sehr gut illustriert. Heft 5 enthält eine zweifarbige Photomontage. Die Aufnahmen dazu stammen aus der Arbeit der sozialistischen Freilebervolkulturguppen des Verbandes. Der textliche Teil bringt sehr viel Wissenswertes.

„Gesundheit“, Zeitschrift für gesunde Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Sanftverband deutscher Krankenkassen e. V. Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Die Mai-Nummer der „Gesundheit“, der vom Sanftverband deutscher Krankenkassen herausgegebenen und an den Klassen- und Berufsvereinigungen des Volkes in der internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden gewidmet. Eine Reihe von wichtigen Einzelfragen der Volksgesundheit werden erörtert. Jedes Ortskrankenkassenmitglied sollte sich dieses Heft von seiner Kasse holen.

Geschichte Anglands. Die Kenntnis der Vergangenheit ist notwendig, um die Gegenwart verstehen zu können. Zum Verständnis der russischen Frage gehört die Kenntnis der russischen Geschichte. Jetzt ist ein Buch erschienen, das diese Erkenntnisse vermittelt, ohne zu dem Thema „Für oder wider den Bolschewismus“ Stellung zu nehmen: „Russische Geschichte“ von Professor M. Pokrowski (Moskau). Bücher-gilde Gutenberg, Berlin, in seinen 4,50 M. In leichtverständlicher und feinschmeckender Weise wendet Pokrowski den historischen Materialismus an und zeigt, wie alle geschichtlichen Ereignisse bedingt werden durch die Veränderungen der Produktion und des Gesellschafts-lebens. In musterhafter Sachlichkeit rollt der Autor das Kolonialrausch der russischen Geschichte auf, von der Entdeckung des Moskowiters bis zur bolschewistischen Revolution.

Bedor. Soren noch Revolutionäre treten heldenhaft auf, nur die ästhetischen und gesellschaftlichen Kräfte spielen das grandiose Drama, und Pokrowski lehnt es ab, das Märchen nachzuerzählen, als habe Lenin die bolschewistische Revolution in seinem Koffler ausgebrütet und dann in Szene gesetzt. Es ist ein Meisterwerk populär-wissenschaftlicher Geschichtsdarstellung. Die großen Zusammenhänge werden klar, und oft werden Vergleiche gezogen zu den geschichtlichen Ereignissen Deutschlands und anderer Länder. Am spannensten ist das Kapitel über Anglands Beteiligung am Weltkrieg. Gestützt auf die in der neuesten Geheimdokumente, die der Autor die Geschäfte, die dazu getragen haben, die ganze Welt in umwälzende Bewegung zu versetzen. Pokrowski beweist, daß die Geschichte keine ausfahrenden Figuren braucht, um spannend und mitreißend zu sein. Sein Buch ist ein Triumph der marxistischen Erkenntnis-methode.

Verordnung des Reichsarbeitsministers über Ausübung der Unsauberkeit auf Berufsarbeiten. Berlin, den 1. Juni 1930. 1. Sammler. 2. Landbesitzer. 3. Neue, wesentlich erweiterte Auflage. 88 Seiten. Preis 1 M. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137. Durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers ergeben sich neue Aufgaben, deren Durchführung durch diese Broschüre wesentlich gefördert wird. Die erheblich erweiterte Auflage enthält nicht nur die Verordnung des Reichsarbeitsministers sowie dessen ergänzende Anordnungen und Richtlinien, sondern auch die Durchführungsverordnungen sämtlicher Landesregierungen. Außerdem haben Dr. med. M. Heber-Rodriguez und Professor Dr. C. H. A. S. wertvolle Beiträge über die Berufsarbeiten und ihre Betätigung beigefügt. Die gewerkschaftlichen Organisationen fördern seit langem die Bestrebungen zur besseren Erfassung und Betämpfung der Berufsarbeiten. Wir können deshalb diese gut orientierende Broschüre unsern Berufs-funktionären bestens empfehlen; auch in allen Filialbibliotheken muß sie den Mitgliedern zur Verfügung stehen.

Neuerwerbungen der Bücher-gilde Gutenberg im 2. Quartal 1930. Aus der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Die Bücher-gilde“ entnehmen wir dem Aprilheft, das im 2. Quartal 1930 im Verlag der bestens bekannten Bücher-gilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreißendstraße 5, die nachstehenden fünf Werke erschienen sind: Der Eindringling. Ein Roman aus Spanien von Vicente Blasco Ibañez, deutsch von Otto Albrecht und Elisabeth von Hedder. Preis 3 M. — Das Brautpaar. Ein isländischer Bauernroman von Kristmann Gudmundsson, deutsch von Ernst Richter. Preis 3 M. — Das blaue Auge. Lustige und groteske Geschichten. Preis 3 M. — Die Geschichte. Von Professor M. Pokrowski, Moskau, deutsch von A. Maslow. Preis 4,50 M. — Die glühende Sonne. 28. Band der Tac-London-Volksausgabe. Preis 3 M. Befehlungen auf diese ausgewählten Werke sind umgehend an die Bücher-gilde Gutenberg, Berlin SW 61, zu richten.

Vom 26. Mai bis 1. Juni ist die 22. Beitragswoche
Vom 2. Juni bis 8. Juni ist die 23. Beitragswoche

Gestorbene.

Dresden. Am 2. Mai starb unser treuer Kollege Otto Jahn in Fischschütz im Alter von 58 Jahren.
Hamburg-Wandsbek. Am 16. Mai starb unser langjähriges, treues Mitglied Wilhelm Gerike im Alter von 51 Jahren.
Kassel. Am 15. Mai starb unser langjähriges Mitglied Georg Thiele, Zahlstelle Crumbach, an Magenkrebs im Alter von 69 Jahren.
Kiel. Am 16. Mai starb unser Jungkollege Albert Plambek im Alter von 18 Jahren.
Magdeburg. Am 15. Mai starb unser Kollege Carl Simon im Alter von 67 Jahren an Darmkrebs.

Ehrenbarem Andenken!

Wer den Aufsatz **Robert Schmid**, geboren 24. Mai 1890 in Ludwigshafen, zuletzt wohnhaft in Ludwigshafen, Fabrikstraße 35, kennt, wird erlucht, dessen Adresse an unser Verbandsbüro in Mannheim, P 4, 4/5, gelangen zu lassen. Ebenso ist dessen Mitgliedsbuch Nummer 37 563, Eintritt 3. Mai 1925, einzubehalten. Schmid ist seit 14. Mai aus Ludwigshafen verschwunden unter Hinterlassung finanzieller Verpflichtungen der Filiale Mannheim gegenüber.

MEISTERPRÜFUNG

Gründliche Vorbereitung durch Fernunterricht. Ausbildung z. Geschäftsführ. Erfolg garant. Fr. Wenzel, Nannhof-Leipzig

Suche zum Verkauf des neuen Patent-Sirichziehapparates MALER

Nur solche, welche wirklich ernstlich gewillt sind, sich durch Regsamkeit eine sichere Existenz zu gründen, bitte Offerten an die Expedition dieses Blattes geben zu wollen unter W 10.

freigewerkschafter fahren nur

LINDCAR

Unternehmen d. Gewerkschaften

Kleinste Wochen oder Monatsraten

LINDCAR-FAHRRADWERK

Berlin - Lichtenrade.

28 Groß-Niederlagen. Auskunft und Bestellung durch alle Ortsausschüsse des ADGB.